Friedenssteuer
NACHRICHTEN
November 2022 | Nr. 61

KEIN GELD FÜR KRIEG

Das Recht, kein Verbrechen zu begehen

„Der Überfall und andauernde Angriffskrieg Russlands gegenüber der Ukraine ist ein Verbrechen!“ Ich bin davon überzeugt: dieser Aussage wird unter den Lesern der Friedenssteuer-Nachrichten kaum jemand widersprechen, selbst wenn es zur Vorgeschichte dieses Krieges unterschiedliche Meinungen geben mag. Unsere Ansichten über diesen Krieg und seine Hintergründe stehen aber bei den folgenden Betrachtungen nicht im Mittelpunkt, vielmehr: die Vollversammlung der UN hat verbindlich festgestellt (Resolution vom 2. März 2022), dass dieser Krieg völkerrechtswidrig ist. Ein Angriffskrieg ist ein Verbrechen gegen den Weltfrieden (Art. 5 der UN-Charta). Bei einer solchen Aggression handelt es sich um einen Tatbestand des Völkerstrafrechts, für dessen Ahndung seit 2010 der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag zuständig ist.

Unabhängig von weiteren individuell zurechenbaren Kriegsverbrechen im Verlauf dieses Krieges kann, ja muss, jeder Mensch, der diesen Krieg anordnet oder unterstützt, als Verbrecher bezeichnet werden: Wladimir Putin und Dmitri Medwedew genauso wie andere Politiker und Parlamentarier der Russischen Föderation, Journalisten und Propagandisten in den russischen Medien, Befehlshaber und einfache Soldaten der russischen Armee, Eisenbahner, die den Nachschub organisieren, oder Oligarchen und Banker, die dafür sorgen, dass dem Krieg die Mittel nicht ausgehen. Sind also alle Menschen in Russland nun Verbrecher? Nein! Eine kleine Zahl nimmt für sich das Recht in Anspruch, kein Verbrechen zu begehen (doch viele schauen weg und tun so, als ob sie dieser Krieg nichts anginge).

Wandmalerei in Australien, die auf Druck der Ukraine wieder entfernt wurde

Kein Verbrechen begehen, bedeutet: nicht zu schweigen, bedeutet: Protest gegen den Krieg, auch wenn schon das Wort „Krieg“ verboten ist, bedeutet: nicht mitzumachen bei Propaganda und Unterstützung des Krieges – bedeutet oft auch Verhaftung, Strafverfahren, Geld- und Gefängnisstrafen für die Wahrheit und das Recht, kein Verbrechen zu begehen. Es sind nicht Wenige (und doch eine kleine Zahl in diesem riesigen Land) und diesen Menschen gilt unsere Solidarität als politische Gefangene, als Gefangene um des Friedens und der Wahrheit willen. Und dann gibt es noch die viel größere Zahl derer, die seit Kriegsbeginn das Land verlassen haben, 300.000 überwiegend junge Menschen bereits im Frühjahr, so wird geschätzt, viel mehr noch nach der sog. Teilmobilmachung im September; oftmals von der Polizei bedroht oder kurzfristig verhaftet und wieder frei gelassen, wollen sie Gefängnis nicht riskieren und sich an dem Verbrechen des Krieges dennoch nicht beteiligen.

Menschen, die sich der direkten und indirekten Unterstützung des Krieges entziehen, brauchen unsere Ermutigung und Solidarität; das kann auch ihren Schutz durch die Aufnahme in Deutschland nötig machen. „Anscheinend verlassen viele Russen ihre Heimat: Wer Putins Weg hasst und die liberale Demokratie liebt, ist uns in Deutschland herzlich willkommen“, schrieb Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP) auf Twitter. Jedoch gibt es Innerhalb der EU bislang keine gemeinsame Linie über den Umgang mit russischen Kriegsdienstverweigerern, die ihre Heimat verlassen wollen. Während Deutschland auf eine einheitliche Position dringt, lehnt Litauen etwa die Aufnahme dieser Menschen strikt ab. „Die Russen sollten bleiben und kämpfen. Gegen Putin“, heißt es dort.

Am meisten gefährdet sind Kriegsdienstverweigerer bzw. Deserteure aus einer Armee, die ganz akut Verbrechen begeht. Aus diesem Grund haben Friedensorganisationen bereits im März einen Appell an den Deutschen Bundestag gerichtet, **„Schutz und Asyl für Kriegsdienstverweigerer und Deserteure der am Krieg in der Ukraine beteiligten Staaten“** zu gewährleisten. Auch das Netzwerk Friedenssteuer hat diesen

Fortsetzung auf S. 3

WER WIR SIND UND WAS WIR WOLLEN

Wir sind Menschen, die es nicht mit ihrem Gewissen in Übereinstimmung bringen können, Steuern zu zahlen, die für Militär, Rüstung und Krieg verwendet werden. Wir wollen nicht weniger Steuern zahlen, sondern das Recht bekommen, zwischen Militärsteuer und Zivilsteuer zu wählen. Unsere zentrale Erklärung lautet:

„Ich trete für eine gesetzliche Regelung ein, nach der niemand gegen sein Gewissen gezwungen werden darf, durch Steuern und Abgaben zur Finanzierung von Militär und Rüstung beizutragen. Stattdessen ist die Verwendung dieser Zahlungen für zivile Aufgaben sicherzustellen.“

Wir haben ein Zivilsteuergesetz formuliert. Dazu gibt es zwei fachjuristische Gutachten (von zwei Uni-Professoren). Auch ein dritter Professor – für Öffentliches Recht an der Freie Universität Freiburg – bescheinigte uns die Unbedenklichkeit bezüglich der Einführung dieses Zivilsteuergesetzes, weil juristisch zu 100 % in Ordnung. Es kommt nur auf den politischen Willen an. Mit diesen Texten machen wir Lobbyarbeit bei Bundestagsabgeordneten. Wir machen Öffentlichkeitsarbeit und führen Militärsteuer-Verweigerungsprozesse, bis das Zivilsteuergesetz beschlossen und umgesetzt ist.

Schwesterorganisationen in vielen Ländern verfolgen dieses Ziel ebenfalls. Unsere internationale gemeinnützige NRO *Conscience and Peace Tax International* / CPTI mit Sitz in London hat beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC). CPTI hat eine ständige Vertretung bei dem UNO-Menschenrechtsrat in Genf.

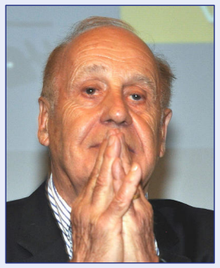
Wir werben nicht für Vereinsmitgliedschaft und Beitragszahlungen, sondern für aktive Mitwirkung auf verschiedenen Ebenen. Für unsere Arbeit sind Spenden sehr willkommen.

UNTERSTÜTZERKREIS

Mehr über die Unterstützer unter: **www.friedenssteuer.de**

Jean Ziegler

„Die Arbeit für Friedenssteuer ist wichtig und hochaktuell, ich unterstütze Ihr Engagement, denn: Ich glaube an den Aufstand des Gewissens.“

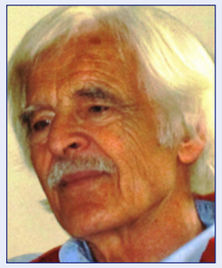


Biggi und Franz Alt

„Das Ur-Ethos aller Religionen „Du sollst nicht töten“ muss erweitert werden durch das Recht, das Töten nicht durch Steuern finanzieren zu müssen. Ein Zivilsteuergesetz ist eine Frage des Gewissens und des gesunden Menschenverstandes. Nicht nur Schwerter, auch Steuern können wir zu Pflugscharen umrüsten.“

Dr. Markus A. Weingardt

„Gewaltlose Konfliktbearbeitung wird oft als naiv und weltfremd belächelt, Militärpolitik gilt als klug und stark. Damit werden enorme Rüstungausgaben und -lieferungen gerechtfertigt. Die Wirklichkeit spricht allerdings eine ganz andere Sprache. Wer ist hier also weltfremd?!“



Ulrich Duchrow

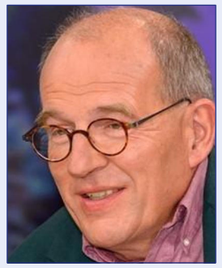
„Angesichts der Massenvernichtungsmittel und der obszönen Ausgaben für Rüstung, während Menschen an Hunger sterben, wünsche ich dem Netzwerk Friedenssteuer, eine Massenbewegung zu werden.“

Martin Arnold

„Ich halte das Netzwerk Friedenssteuer für wichtig, weil ich und viele Menschen in Deutschland und weltweit, die sich für Frieden einsetzen, gegen ihren Willen und ihr Gewissen vom Staat gezwungen werden, durch Steuern zur Kriegsfinanzierung beizutragen. Mein Geld soll für Friedensarbeit investiert werden!“

Andreas Zumach

„Ich unterstütze die Schaffung einer Zivilsteuer, damit die dringend erforderlichen zivilen Instrumente zur Bearbeitung von Konflikten endlich in ausreichendem Umfang finanziert werden können.“



Fortsetzung von S. 1:

Appell unterzeichnet. Er geht bewusst darüber hinaus, Schutz und Asyl nur für Menschen aus Russland zu fordern, denn das Menschenrecht auf KDV gilt natürlich auch, wenn ein Land sich nur mittelbar am Krieg beteiligt, wie Belarus dies bisher durch logistische Unterstützung macht, und selbst dort, wo das Völkerrecht Selbstverteidigung erlaubt, ist die Gewissensfreiheit und das Recht, seinem Gewissen zu folgen, nicht außer Kraft gesetzt: auch in der Ukraine gibt es Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, die medial kaum gehört und wahrgenommen werden, für die wir jedoch eine Stimme sein können.

Die Ukrainische Pazifistische Bewegung wurde 2019 gegründet, als die Kämpfe in der von den Separatisten beherrschten Donbass-Region auf dem Höhepunkt waren und die Ukraine ihre Bürger zur Teilnahme am Bürgerkrieg zwang. Laut Jurij Sheliazhenko wurden ukrainische Männer „wegen kleinerer Vergehen wie Verkehrsverstößen, Trunkenheit in der Öffentlichkeit oder Unhöflichkeit gegenüber Polizeibeamten von der Straße, aus Nachtclubs und Wohnheimen geholt und zum Militärdienst eingezogen.“

Erschwerend kommt hinzu, dass die Ukraine nach dem Einmarsch Russlands im Februar 2022 das Recht ihrer Bürger auf Kriegsdienstverweigerung aussetzte und Männern zwischen 18 und 60 Jahren verbot, das Land zu verlassen; dennoch gelang es seit Februar mehr als 100.000 ukrainischen Wehrpflichtigen, zu fliehen, anstatt zu kämpfen. Es wird geschätzt, dass mehrere Tausend weitere bei ihrem Fluchtversuch festgenommen wurden.

In Russland weigern sich Hunderttausende von jungen Männern zu kämpfen. Nach Angaben einer Quelle innerhalb des russischen Föderalen Sicherheitsdienstes flohen innerhalb von drei Tagen nach der Ankündigung Russlands, 300.000 weitere Rekruten einzuberufen, mehrere hunderttausend Männer aus dem Land. Diejenigen, die konnten, buchten Flüge; andere fuhren mit dem Auto, fuhren mit dem Fahrrad oder gingen zu Fuß über die Grenze.

Auch Weißrussen haben sich dem Exodus angeschlossen. Nach Schätzungen von Connection e.V., einer europäischen Organisation, die Kriegsdienstverweigerer und Deserteure unterstützt, sind seit Kriegsbeginn schätzungsweise 22.000 von der Einberufung bedrohte Weißrussen aus ihrem Land geflohen.

Die russische Organisation Kovcheg oder The Ark (Die Arche) hilft Russen, die wegen ihrer Antikriegsposition, ihrer Verurteilung der militärischen Aggression Russlands gegen die Ukraine und/oder der Verfolgung, der sie in Russland ausgesetzt sind, fliehen. In Weißrussland führt die Organisation Nash Dom eine „NO means NO“-Kampagne durch, um von der Einberufung bedrohte Weißrussen zu ermutigen, nicht zu kämpfen. Die Strafe für die Verweigerung des Wehrdienstes beträgt in Russland bis zu zehn Jahre Gefängnis und in der Ukraine mindestens bis zu drei Jahre und wahrscheinlich viel mehr, wobei die Anhörungen und Urteile unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfinden.

Die US-Regierung unterstützt nominell die russischen Kriegsverweigerer. Am 27. September erklärte die Pressesprecherin des Weißen Hauses, Karine Jean-Pierre, dass Russen, die vor Putins Wehrpflicht fliehen, in den USA „willkommen“ seien, und ermutigte sie, Asyl zu beantragen. Doch bereits im Oktober letzten Jahres, bevor Russland in die Ukraine einmarschierte, kündigte Washington inmitten der Spannungen zwischen den USA und Russland an, dass es fortan nur noch über die US-Botschaft in Warschau, 750 Meilen von Moskau entfernt, Visa für Russen ausstellen würde.

Um den russischen Hoffnungen auf Zuflucht in den USA einen weiteren Dämpfer zu versetzen, kündigte die Regierung Biden am selben Tag, an dem das Weiße Haus seine Pressekonferenz abhielt, auf der es von der Einberufung zum Militärdienst bedrohte Russen ermutigte, in den USA Asyl zu beantragen, an, dass die für das Jahr 2022 festgelegte Obergrenze von 125.000 Flüchtlingen auch im Haushaltsjahr 2023 beibehalten würde.

Ein „sicherer Hafen“ für die vielen Menschen, die sich nicht an dem Verbrechen des Krieges beteiligen wollen, ist also weder in Europa noch in den USA in Sicht, auch wenn es Unterstützung für Einzelne gibt. Und ein Dialog zwischen Kriegsgegnern aus den verfeindeten Ländern, um eine zivile und gewaltfreie Nachkriegsordnung auf den Weg zu bringen, ist noch eine große Aufgabe für die Friedensbewegungen in den Ländern, wo die Gewissens-, Rede- und Bewegungsfreiheit nicht eingeschränkt ist.

Klaus Waiditschka

Quellen: Connection e.V., Internationaler Versöhnungsbund, World beyond War

INHALT

Das Recht, kein Verbrechen zu begehen	1
Wer wir sind und was wir wollen	2
Odessa im Krieg – Odessa im Krieg?	4
Muss die Ukraine gewinnen?	5
Gegen Atomwaffen ins Gefängnis	7
Ziviler Ungehorsam als Nachfolge Jesu	8
Beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Karlsruhe	8
Anti-Kriegstag: Welche Sicherheit wollen wir?	10
Sicherheit neu denken! Aktiventreffen	12
Gegensteuern im Open Ohr Festival? Ja!	13
Herbsttreffen des Netzwerks	14
Texte für die Lobbyarbeit	15
KDV und Menschenrechte: Internationale Friedenssteuer-Konferenz	16
Übergabe der Redaktion	18
Netzwerk Friedensteuer intern	19
Kurz & bündig	20
Adressliste, Termine	24

Odessa im Krieg – Odessa im Krieg?

Vom 19. bis 29. September war ich für die Friedensbewegung in Odessa. Hier ein kurzer Bericht: Wie es dazu kam, was wir dort wollen, welches vorläufiges Ergebnis jetzt vorliegt, und – ist wirklich Krieg in Odessa?

Im Rahmen eines bundesweiten Treffens von Multiplikator:innen von *Sicherheit neu denken/Snd*, (siehe Bericht in diesem Heft) kam es u.a. zu einem Austausch über den Krieg in der Ukraine. Ist ein Krieg in Europa nicht notwendigerweise ein Betätigungsfeld für die Friedensbewegung? Anwesend war auch Ina Darmstädter, Friedensaktivistin in Palästina), Hubert Heindl (u.a. Kommunikationstrainer aus der Partnerstadt Regensburg) und Jan Birk (Friedenssteuer und dfg-vk), so wie einem äußeren Kreis mit Martin Arnold (Gütekraft), Ralf Becker (Snd) und Thomas Schwoerer (dfg-vk). Es wurde viele Male getagt (per zoom); im August kamen auch Teilnehmer:innen in der Ukraine dazu, u.a. auch Yurii Sheliazhenko (der aber in Odessa niemanden kennt). Es war nicht leicht, Ansprechpartner:innen aus der Friedensbewegung in Odessa zu finden.

Über die Regensburger Partnerstadt gab es den Kontakt zu einer in Regensburg engagierten Ukrainerin, die gut

Kinder haben Sodatenhelme bemalt und bepflanzt, einen für jedes getötete Kind

aus Berlin, die in diesem Jahr schon einmal dort gewesen war. Sie hatte die Idee, dass mehrere von uns nach Odessa reisen könnten. Diese Idee wurde aufgegriffen. Unsere Ziele waren und sind:

1. Durchführung einer öffentlichkeitswirksamen Aktion am gleichen Tag in allen Partnerstädten
2. Intensivierung eines solchen Partnerstadtnetzwerks, idealerweise mit einer durchgehenden persönlichen Präsenz in Odessa, unter Einbeziehung der Friedensbewegung in den jeweiligen Partnerstädten
3. Verbreitung des Gedankens der Gewaltlosigkeit; Einübung gewaltfreier Aktionsformen.

Dazu bildete sich in Fulda eine Vorbereitungsgruppe, bestehend aus einem inneren Kreis mit Ina Darmstädter (Organisatorin von Friedensfestivals und aktiv für den Frieden Deutsch, Russisch und Ukrainisch spricht, aber sie ist keine Pazifistin und das Konzept des gewaltfreien Widerstandes war ihr fremd (mittlerweile nicht mehr). Schließlich fanden wir in Odessa eine Mediatorin, die seit Jahren auch Gespräche mit Russen in Russland führt. Eine angestrebte Einladung von Odessa aus erfolgte leider nicht, eine Finanzhilfe in Deutschland für das Vorhaben auch nicht. Zum Schluss sind nur Ina und ich auf eigenen Kosten gereist.

Zu 1: Es steht jetzt eine öffentlichkeitswirksame Aktion für den 10. Dezember im Raum (UN-Tag der Menschenrechte). Jede Partnerstadt soll für sich entscheiden, auf welche Weise sie öffentlich ihre Solidarität mit Odessa bekundet. Das geht leider (noch) nicht gemeinsam, da wir die Übermittlung der Kontaktstellen der Städtepartner immer noch nicht haben, obwohl Bürgermeister Truchanow sie uns zugesagt hat. In Odessa ist die Bürokratie auch nicht anders als in

Deutschland ... Mittlerweile habe ich Kontakt zu den Partnerstädten Liverpool, Marseille und Genua gefunden.

Zu 2: Dieses Partnerstadtnetzwerk (Verwaltung + Zivilgesellschaft) soll eine permanente gegenseitige Öffentlichkeit herstellen, denn im Lichte der Öffentlichkeit geschehen weniger Kriegsverbrechen, wird die Aufmerksamkeit in den Partnerstädten wach gehalten und wird den Menschen in Odessa dargestellt, wie und mit welchen Maßnahmen die Solidarität mit der bedrohten Stadt gelebt wird.

Zu 3: Hier haben wir zwar Hoffnung, aber noch keinen richtigen Kontakt. Die o.g. Mediatorin ist eine Ausnahme, denn der Ukrainische Verband der Mediator:innen lehnt Gespräche mit Russen/russischen Stellen ab. Es besteht m.E. die Gefahr, dass es in Odessa zu Auseinandersetzungen zwischen den Sprachgruppen kommt, so wie jetzt schon auf der Landesebene. Hier liegt eine dringende Herausforderung für die Friedensbewegung.

Zurück zum Titel: In Odessa war wenig vom Krieg zu spüren. Beeindruckende schöne große Häuser und breite Boulevards, keine Zerstörung. Alles schien sehr normal abzulaufen und in den vielen kleinen Supermärkten gab es keinen Mangel an Lebensmitteln, im Gegenteil. Der Verkehr floss ruhig und ununterbrochen. Odessa ist eine durchgeplante Millionenstadt, fast wie ein Schachbrett.

Allerdings gab es in meiner kurzen Zeit dort einmal einen Angriff mit vier Drohnen iranischer Herkunft auf den Hafen, wobei eine Bombe hochging. Zwei Menschen kamen ums Leben. Da gab es kurz Alarm und Angst. Zwei Stunden später herrschte wieder Normalität. Odessa scheint nicht in seiner Existenz bedroht, aber der Zusammenhalt in der Stadtgesellschaft kam mir sehr zersplittert und voller gläserner Wände vor.

Die Einwohner benutzen weder das Wort „Krieg“ (sondern: „militärischer Zustand“) noch das Wort „Frieden“. Über Frieden will man erst dann wieder reden, wenn alle militärischen Aktivitäten beendet sind; wenn Putin weg ist. Gewaltfreier Widerstand? Das sei doch kein Widerstand. Recht auf Kriegsdienstverweigerung? Doch nicht, wenn man jeden Mann an der Front brauche! Dafür war die Generation der jungen Männer aber noch sehr sichtbar in der Stadt vertreten. Wenig Krieg in Odessa – aber auch wenig Frieden. Ein dickes Brett für die Friedensbewegung!

Jan Birk, Preetz

Vorschlag für eine Aktion gegen den Krieg

Der Krieg in der Ukraine geht uns gewaltig gegen den Strich. Ihnen sicher auch? Daher haben wir uns überlegt, welche sinnvolle Aktion wir unternehmen könnten, ein „Stoppsignal“ auszusenden.

Da die Fortführung unserer Lobbyarbeit und die Steuerverweigerung in dieser Kriegszeit nicht schnell Erfolg haben können, planen wir nun eine Petition im Internet in der Hoffnung auf so viele Unterschriften, dass wir damit zum Petitionsausschuss des Bundestags gehen können.

Dazu werden wir andere Friedensgruppen bitten, mitzumachen. Wenn Sie, unsere LeserInnen, dafür sind, wäre es schön, wenn Sie dann auch in Ihrer Umgebung um Unterschriften werben würden; insbesondere auch gerne in anderen Friedens-, Umwelt-, Kirchen- oder sonstigen Gesellschaftsgruppen.

Die Vorbereitung braucht noch einige Zeit; wir werden Sie informieren, wenn die Petition online ist.

Der Vorstand

„Muss die Ukraine gewinnen? Sie können und müssen eine Win-Win-Situation anstreben.“

Aufruf des ukrainischen Friedensaktivisten, Kriegsdienstverweigerers und Wissenschaftlers Jurij Sheliazhenko

Militäraktionen zu verurteilen ist einfach und billig, wenn man selbst nicht in der Ukraine lebt und in der Schusslinie steht, heißt es oft. Doch auch in der Ukraine selbst gibt es Pazifisten, wie den Rechtsanwalt und Wissenschaftler Jurij Scheliazhenko. Er sprach auf einer Konferenz der europäischen Kriegs- und Wehrdienstverweigerer aus Gewissensgründen in Brüssel. Da seine Stimme kaum irgendwo zu hören ist, teilen wir hier sein Plädoyer. „Wir müssen die positive Seite unseres Planeten entwickeln und die Friedensbewegung stärken, damit aus kriegslüsternen Menschen friedliebende Menschen werden.“

„Danke, dass Sie dem Frieden auf dieser Konferenz eine Chance geben. Die ukrainische pazifistische Bewegung, die ich vertrete, tut das Gleiche, trotz des Kriegsrechts. Wir helfen den Bürgern, zu überleben und Bürger zu bleiben. Wir setzen uns weiterhin für eine gewaltfreie Konfliktlösung und die Abschaffung der Wehrpflicht ein, für die Entwicklung von Friedenskonzepten und die Zusammenarbeit mit der internationalen Friedensbewegung.

Als wir uns kürzlich online versammelten, um den Internationalen Tag der Kriegsdienstverweigerer zu begehen, verabschiedeten wir eine Erklärung, in der wir erneut die

Fortsetzung des Krieges verurteilen, die Einstellung der Feindseligkeiten und die Aufnahme von Verhandlungen fordern, die Menschenrechtsverletzungen während der militärischen Mobilmachung in der Ukraine anprangern und unsere Solidarität mit den russischen und belarussischen Kriegsdienstverweigerern zum Ausdruck bringen sowie ein sofortiges Ende aller Repressionen gegen sie fordern.

Frieden und Solidarität in Europa und weltweit sind ein mächtiger Traum, der sich jedoch in eine wilde Wahnvorstellung verwandelt hat, die darin besteht, den gemeinsamen Feind um jeden Preis zu vernichten, wobei die alptraumhafte Gefahr eines anhaltenden Blutvergießens, von Nahrungsmittelknappheit, Hyperinflation, wirtschaftlichen und ökologischen Krisen und eines unvorstellbaren, aber dennoch ernsthaft geplanten Atomkriegs besteht. Ich glaube, dass die hier versammelten Menschen verstehen, dass Frieden und Solidarität einen sofortigen Waffenstillstand und umfassende Friedensgespräche erfordern, um eine gemeinsame Basis zwischen der Ukraine und Russland, zwischen Ost und West zu finden. Wir leben alle auf demselben Planeten und müssen daher eine gemeinsame Basis finden. Aber manche Menschen leben offenbar auf einem anderen Planeten, wo tödliche Waffen und die Weigerung zu verhandeln irgendwie Frieden bringen, während Misstrauen und Hass irgendwie Solidarität schaffen.

Die Unterschiede zwischen diesen Planeten sind Unterschiede zwischen der fortschrittlichen Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit und der archaischen Kultur von Krieg und Gewalt. Auf dem Planeten des Friedens reden die Menschen, auf dem Planeten des Krieges kämpfen die Menschen. Aber ich versichere Ihnen, es ist derselbe Planet, der Krieg ist nur eine dunkle Seite davon, zusammen mit der Kriegspropaganda mit ihren unrealistischen Bildern von existenziellen Feinden und heldenhaften Killern, die ihr Land verteidigen.

Auf der Schattenseite gibt es viele Bemühungen, alle Menschen zu Soldaten zu machen, und zwar durch Kriegspropaganda in den Medien und im Bildungswesen, militärische Rekrutierungs- und Mobilisierungskampagnen, Korruption und Druck, die *Falken*, Kriegstreiber entstehen lassen. Wir müssen die positiven Seiten unseres Planeten entwickeln und die Friedensbewegung stärken, um aus kriegslüsternen Menschenmassen friedliebende Menschen zu machen. Wir müssen eine gewaltfreie Gesellschaft ohne Feinde und ohne Grenzen, die die Menschen trennen, aufbauen, eine Gesellschaft, die auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen, auf der Weigerung zu töten oder andere Verbrechen zu begehen, auf restaurativer Gerechtigkeit, auf universellen Fähigkeiten zur Selbstorganisation mit *soft powers* und auf Konfliktmanagement beruht.

Wir brauchen Friedensforschung und -erziehung, die wirksame und praktische Methoden für gewaltfreies Leben vermittelt. Wir brauchen Frieden in Medien und Internet, um einen gewaltfreien Diskurs aufrechtzuerhalten, um Licht in die gewalttätige Dunkelheit auf allen Seiten zu bringen. Wir brauchen eine Friedenswirtschaft, die in Friedenskonsolidierung und nicht in Selbstzerstörung investiert.

Militärische patriotische Erziehung und Wehrpflicht sind das gemeinsame Übel Russlands und der Ukraine, das den Konflikt verschärft und zum Krieg geführt hat. Sie müssen völkerrechtlich verurteilt und verboten werden, ebenso unmoralische Praktiken wie die Unterdrückung von Friedensbewegungen in Russland und die totale militärische Mobilisierung der Bevölkerung in der Ukraine, ohne Achtung vor der Unantastbarkeit des Gewissens und der persönlichen Entscheidung, nicht direkt oder indirekt am Krieg teilzunehmen.

Wir müssen das Stereotyp des militärischen Siegs in Frage stellen, indem wir uns an die historische Wahrheit halten, dass alle Versuche, die absolute Macht zu erobern, schmerzhaft gescheitert sind, ganz gleich wie selbstgerecht die Eroberer waren. Dass niemand alles gewinnen kann, auch nicht unter dem Vorwand einer guten Sache. Und dass alle Macht vernünftig und gerecht verteilt sein muss. Deshalb können und müssen wir nicht gewinnen, sondern wir können und müssen eine Win-Win-Situation anstreben. Ich möchte, dass ganz Europa mit einer Stimme sagt, dass Krieg ein Problem und keine Lösung ist. Lasst uns das Töten verweigern – und gemeinsam Frieden schaffen.“

Dr. Yurii Sheliazhenko ist Sekretär der ukrainischen pazifistischen Bewegung (UPM), Vorstandsmitglied des Europäischen Büros für Kriegsdienstverweigerung, Mitglied des Hauptvorstands von World Beyond War (USA) und Dozent und Forscher an der KROK-Universität (Kiew, Ukraine). **Geesje Werkman** von der Vereinigung *Kerk en Vrede* (Kirche und Frieden) machte die Redakteure von *Nieuw Wij* auf diese Rede aufmerksam.

Mythos

Die Geschichten, die die Regenten in herrschaftlich strukturierten Gesellschaften sich und ihren Untergebenen erzählen, bilden das, was wir heute als den Mythos der erlösenden Gewalt bezeichnen können. Er verankert den Glauben, dass Gewalt rettet, dass Krieg Frieden bringt, dass Macht Recht schafft. Dies ist eine der ältesten und ständig wiederholten Geschichten der Welt.

Walter Wink, Verwandlung der Mächte

Gegen Atomwaffen ins Gefängnis

Bericht zu meiner Ersatzhaft vom 8.5. bis 6.6.2020

KREIS KLEVE

Im Gefängnis vor dem 70. Geburtstag

Ria Makein drang in Atomwaffenstandort ein. Sie hinterfragt den Sinn von Rüstung und Krieg

Andreas Daams

Bedburg-Hau. Erinnert sich noch jemand an den Bundesaußenminister Guido Westerwelle von der FDP? Der ließ seinerzeit im Koalitionsvertrag mit der CDU festschreiben, dass die US-Atomwaffen aus Deutschland abgezogen werden sollten. Damals wusste er weite Teile der deutschen Öffentlichkeit hinter sich. Doch zum Abzug kam es nie, die Amerikaner weigerten sich. Und so lagern die Atombomben am Standort Büchel noch immer. So mancher wird nun angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine denken: Gut so. Ria Makein nicht. Sie hat deswegen gerade 30 Tage im Gefängnis verbracht.

Ria Makein, Atomwaffengegnerin aus Bedburg-Hau

ANDREAS DAAMS/FMZ

Wie kam ich dazu, für 30 Tage ins Gefängnis zu gehen? Was hat das mit Friedenssteuer zu tun? Das kam so:

Als ich 29 Jahre alt war und Leiterin eines Kindergartens, wurde mir bewusst, dass wir auf einem Pulverfass leben und mit den neuen Pershings und Cruise Missiles neue Lunten gelegt werden sollten. Ich begann nun meine „Karriere“ als Demonstrantin und als Protestantin im besten Sinne. Mit Blockaden und Hausfriedensbrüchen beteiligte ich mich an Aktionen zivilen Ungehorsams in Mutlangen, Hasselbach und Frankfurt Flughafen.

Dann wurde mir aber klar, dass ich mit meinen Steuergeldern zu diesem Irrsinn beitrage und wandte meinen Protest auch gegen das Finanzamt. Dabei erhielt ich volle Unterstützung durch die damalige Friedensteuerinitiative FSI und heutige Netzwerk Friedenssteuer. Ich erhob Klagen, verweigerte Teilzahlungen und erklärte letztlich, nicht mehr mit dem Finanzamt zusammenarbeiten zu wollen. Seitdem geht jede Post des Finanzamtes als „Annahme verweigert“ wieder zurück und zum Beweis, dass ich nicht nur Steuern „sparen“ will, sende ich dem Finanzamt meine gesammelten Spendenquittungen.

In Bezug auf die Drohungen mit den Atombomben in Büchel reichte mir dieser Protest allerdings auch nicht. Deshalb beteiligte ich mich dort vor 3 Jahren an einer „Go in“-Aktion mit 16 anderen Menschen, 4 von ihnen auch vom Netzwerk Friedenssteuer. Das nannte der Richter wieder Hausfriedensbruch und verurteilte mich zu 30 Tagen à 30,00 €. Nach der Berufung wurde das auf 45,00 € angehoben und somit „lohnte“ sich das „Absitzen“ noch mehr. Nach manchen Befürchtungen, dass die Strafe gepfändet werden könnte, durfte ich schließlich doch die Ladung in Empfang nehmen und fand mich einen Tag später vor dem Gefängnis in Willich ein. Allerdings dauerte es eine Weile, bis ich begriff, dass ich nicht wie erwartet in den offenen Vollzug durfte, sondern wegen der Corona-Bestimmungen erst einmal für eine Woche in den geschlossenen Vollzug eingewiesen wurde. Das war zunächst so hart, dass ich am 2. Abend dachte: ich will hier raus.

Aber einen Tag später kam so viel schöne Post an, dass ich wieder obenauf war und mit lesen und Postbearbeitung und mit 600 Schritten durch die Zelle drei mal täglich gut über die Zeit kam. Meinen Freigang 1 Stunde täglich im separaten Innenhof verpasste ich 2 mal, weil ich meine Hörgeräte nicht rechtzeitig eingesetzt hatte. Einmal war der Aufruf dazu allerdings auch schon um 7.00 Uhr und nicht wie angekündigt um 8.00 Uhr. Regeln galten eben vorwiegend für die Häftlinge, weniger für das Personal. Eines Abends kamen 4 Menschen von der Gruppe „Lebenslaute“ zum Knast, um auf der Straße zu musizieren (sie sollten am Tag darauf die Gerichtsverhandlung gegen Elu Isgenius von IPPNW, ebenfalls gegen Atomwaffen aktiv, in Grevenbroich begleiten). Mir wurde von dieser Aktion durch eine Beamtin berichtet, die mir dann zum Abschied sagte: „Halten Sie durch!“ Das gefiel mir sehr. Durch die viele Post wurde mir gezeigt, in welch guten Netzwerken ich aufgehoben bin, danke allen dafür!

Am 9. Tag durfte ich in den offenen Vollzug umziehen, mit eigenem Zimmer, ohne Gitter vor dem Fenster, eigenem Schlüssel und der Möglichkeit, jederzeit Gemeinschaftsräume oder Garten aufzusuchen. Hier hatte ich zu den unterschiedlichsten Menschen Kontakt und es ging mir gut. Besuch durfte ich dann insgesamt 3 mal bekommen. Beim 2. Besuch machte ich den Fehler, mein Fenster sperrangelweit aufzulassen, und schon wurde mir mein Briefmarkenvorrat geklaut, der zwar verdeckt auf dem Tisch lag, aber nicht versteckt. Als ich das dem Personal meldete, hieß es nur: Sie wissen doch wo Sie hier sind!

Der Aufenthalt war nach meiner Einschätzung trotzdem eine wertvolle Erfahrung und keine verlorene Zeit. Nach 4 Wochen verließ ich die gastliche Stätte sehr zufrieden und freute mich auf die Feier meines 70. Geburtstages 2 Tage später.

Ria Makein, Bedburg-Hau

Ziviler Ungehorsam als Nachfolge Jesu

Nachdem Ria Makein ihre Haftstrafe im Mai abgesessen hatte, ging Frits ter Kuile aus den Niederlanden Anfang Juli für 30 Tage ins Gefängnis. Er war am Flughafen Büchel mehrfach mit den *Catholic Workers* aktiv gewesen, einer Gruppe, zu der auch weitere Ausländer u.a. aus den USA gehören.

Diese Gruppe lebt radikal nach der Lehre Jesu, wie ihr Vorbild, der Jesuit Daniel Berrigan. Bisher hatte die Justiz ausländische Aktivisten nicht belangt, vermutlich weil der große Bruder USA die Haltung einnahm „Was nicht sein darf, ist nicht“. Die Tatsache, dass es US-Bürger:innen gelungen war, unbemerkt auf einen von US-Soldaten überwachten Bunker zu gelangen, wo Atombomben gelagert sind, und erst nachdem sie singend auf sich aufmerksam gemacht hatten, etwas geschah – das war den USA wohl zu peinlich. Bitte keinen Wirbel deswegen, deutsche Justiz! Nun scheint man in den USA diese Haltung aufgegeben zu haben, und so bekam auch Frits den ihm zustehenden Prozess, den er in einem früheren Fall beim zuständigen Gericht schon unmissverständlich – aber erfolglos – eingeklagt hatte.

Hier darf ich aus einem langen, berührenden Brief von Frits das Wichtigste berichten: „Ich bin im Knast, um zu versuchen, die Gesellschaft vor den neuen Atombomben, der Aufrüstung überall und dem Krieg in der Luft zu warnen – *...und für Ihre eigene Reinheit, sagte der Gefängnispfarrer, und das stimmte auch* – und um die Alternative von Jesus zu promoten.“ Der Eröffnungssatz dieses Pfarrers beim Bekanntschaftmachen lautete: „Wir brauchen eine Armee und dank der Bombe haben wir schon fast 80 Jahre Frieden“ – das klingt doch irgendwie bekannt. Dann schenkte er Frits eine deutsche und eine russische Bibel. Speziell über Letztere freute er sich, denn dadurch konnte er seine Russisch-Kenntnisse auffrischen. Das wäre praktisch für den Fall, dass nach der spanischen, der französischen und der deutschen Besetzung der Niederlanden nun doch auch die Russen eine Besetzung versuchen könnten, und dann könnte er sie besser lieben und von ihren unchristlichen Vorstellungen befreien.

Es folgt eine Beschreibung des Knastlebens. Frits war in einer Zelle, in der nichts war: kein Papier, kein Buch, kein Handy – und den Fernseher hatte er gleich wegholen lassen. Da merkte er, wie müde er war. Er schlief sich aus und genoss die Stille. Die erste Halbzeit war unter Quarantäne, obwohl sein COVID-Test negativ war und in den Niederlanden die Vor-Corona-Normalität längst wiedergekehrt war. Also: keinerlei Kontakt. In „schwachen Momenten“ halfen ihm die vielen Postsendungen, so wie es auch Ria ergangen war. Kichern musste ich über folgenden Satz: Er ging „...durch einen langen Gang (…) zum Aquarium der Wächter auf einer Kreuzung von vier Fluren.“

Längst ist Frits wieder zu Hause in Amsterdam, und macht sich weiter Gedanken über Wege, „den Streit mit Feinden“ – **nicht gegen** Feinde! – führen zu können, d.h.: Nato umgestalten, Armeen abschaffen (den Steueranteil für den Militärhaushalt einbehalten!), solidarisch auftreten im Falle von Besetzung, Unterdrückung, Verfolgung und Ausbeutung. Kurz: Nachfolge Jesu. Konkret!

Holger Isabelle Jänicke lernte vom 17.08. bis 15.09. drei verschiedene Gefängnisse kennen, als er seine 30 Tage Ersatz-Freiheitsstrafe wegen Zivilen Ungehorsams absaß. Nur ganz kurz hier seine interessanten Gedanken zum Thema **„Frei sein oder frei werden“**: *Ich befinde mich wieder außerhalb des Gefängnisses. Wir nennen es gemeinhin „Freiheit“; und das Leben im Gefängnis „Unfreiheit“. Aber wie eng ummauert muss der Mensch sein, damit wir ihn „unfrei“ nennen können und wie weit muss der Horizont sein, um uns „frei“ nennen zu können? Oder anders gefragt: Ist die Freiheit eine Sache des Körpers oder des Geistes?* Und: *Nun bin ich wieder… Wo bin ich eigentlich? Draußen? In Freiheit? Oder einfach nur in anderen Zwängen? Und wie frei bewege ich mich in diesen Zwängen? Oder bin ich nur von einem Absurdistan in das andere Absurdistan gewechselt?*

Holger Isabelle arbeitet im Rechtshilfebüro in Hamburg. Er berät uns in Rechtsfragen, ist manchmal Rechtsbeistand in unseren Prozessen. Dabei wurde er immer auch wieder selber aktiv im Widerstand, sei es in Büchel oder in Garzweiler.

Gertie Brammer

Beim Ökumenischen Rat der Kirchen in Karlsruhe

Wollte man an der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen (ÖRK) teilnehmen und war nicht Delegierte/r einer der Mitgliedskirchen, konnte man sich eine Tages- oder Dauerkarte für den Kongressbereich kaufen. Ich wollte jedoch unser (deutsches) Netzwerk Friedenssteuer vertreten und war deshalb nicht im internationalen Kongressbereich, wo sich ca. 4.000 Delegierte von nicht-katholischen Kirchen der meisten Länder der Welt trafen. Katholische Kirchenleute waren als Beobachter zugelassen.

Außerhalb vom Kongressgelände war ein Rahmenprogramm für Gespräche, Workshops und Austausch an zwei Orten für die zahlreichen kirchlichen Organisationen und Initiativen organisiert: „Begegnungsort Peace & Justice“ in der Neuapostolischen Kirche an der Karlstraße, und in der Casa Comun im Stadtkloster der Franziskaner. Für eher offizielle Vorträge und Workshops konnte man sich in der großen, eindrucksvollen Kirche der Neuapostolischen Gemeinde treffen. Basisgruppen und alternative Initiativen hatten ihren Platz in der Casa Comun.

Im großen Saal der Neuapostolischen Kirche wurde mit Einführung und Moderation von Renke Brahms ausführlich über Kriegsdienstverweigerung in Deutschland, Europa und Südkorea berichtet mit einer Vertreterin vom UN-Menschenrechtsrat in Genf. Wolfgang Burggraf stellte die Arbeit der Evang. Arbeitsgemeinschaft für Kriegsdienstverweigerung und Friedensarbeit mit Geschäftsstelle in Bonn vor. Nach ausführlichen Berichten und wenigen Zuhörer-Fragen durfte ich das Netzwerk Friedenssteuer und unsere Arbeit vorstellen. Im Kirchensaal waren zu diesem Workshop leider nur etwa zehn Zuhörer erschienen, fast alle Insider zum Thema Kriegsdienstverweigerung. Wenigstens unterschrieben im Foyer der Kirche eine Handvoll Besucher unsere Erklärung auf der ausgelegten Liste.

Andacht mit Bahai-Jugendgruppe

Ein anderer, gut besuchter Workshop mit Prof. Ulrich Duchrow behandelte den Konflikt Israel – Palästina und die Suche nach Frieden zwischen den beiden Völkern. Ebenfalls am 6. September fand in einem Gruppenraum der gleichen Kirche ein Rundgespräch zum Szenario „Sicherheit neu denken“ mit Kees Nieuwerth (Quäker aus Holland, Church & Peace) sowie Ralf Becker und Dirk Harmsen statt. Diesen Workshop moderierte Karen Hinrichs, Direktorin des Friedensinstituts in der Evang. Hochschule Freiburg. Interessant waren die Beiträge von Marie-Noelle Koyara, ehemalige Verteidigungsministerin der Zentralafrikanischen Republik. Sie stellte mehrere Beispiele von erfolgreicher Mediation und Konfliktlösungen in ihrem Land vor. Die recht lebendige Veranstaltung mündete in eine kontroverse Diskussion über die Frage, ob Deutschland der Ukraine Waffen für ihre Kriegführung liefern soll, da das angegriffene Land sich ja verteidigen will. Dies wurde auch von Ralf Becker nicht abgelehnt, da man einem Land das Recht auf Selbstverteidigung nicht absprechen könne. Die Rolle der Friedensbewegung sei es jedoch, vorhandene Verbindungen zu beiden Ländern zu nutzen und zu stärken und einen gewaltlosen Ausgleich vorzubereiten.

Infostand des Netzwerk Friedessteuer

Am 7. September hielt ich mich in der „Casa Comun“ im Stadtkloster St. Franziskus auf. Hier herrschte im Haus und angrenzenden Garten eine lockere, doch engagierte Atmosphäre. Prof. Franz Segbers, emeritierter Prof. für Sozialethik in Konstanz, stellte am Vormittag die Zachäus-Kampagne für Steuergerechtigkeit national und weltweit vor. Zachäus war ein Zöllner, der im Neuen Testament beschrieben wird als einer, der Buße tat und unrechtmäßig erpresste, zu hohe Zolleinnahmen vierfach zurück zahlte. „Steuerpolitik ist Klassenpolitik“ – diese Aussage überzeugt, denn die Besteuerung der Reichen und Umverteilung der Einnahmen für die Förderung der armen Gesellschaftsschicht schafft Gerechtigkeit und sozialen Frieden. Ebenso profitiert die Welt von einem Ausgleich durch faire Handels- und Zollverträge, damit endlich die zahlreichen Formen der Ausbeutung, von der Sklaverei bis zur Zerstörung der Wälder und anderer Ressourcen, überwunden werden können.

Zum Schluss konnte ich noch einmal unser Ziel der gewissensneutralen Steuerzahlung für zivile Verwendungen vorstellen. Dieser Weg könnte eine gute Ergänzung jeder Steuerpolitik sein! So schlug ich es Prof. Segbers vor, der meinen Kontakt notierte. Doch ist es zu einem Austausch über gegenseitige Unterstützung oder gar einen gemeinsamen Weg bisher nicht gekommen. Die Andacht zu Mittag in der Casa Comun wurde von einer Bahai-Jugendgruppe musikalisch mit Gesang und mit Texten gestaltet. Lesungen aus Büchern der Weltreligionen offenbarten Toleranz und Friedenswillen des Juden- und Christentums, des Islam und der Bahai. So bescherte mir dieser Tag zum Abschluss noch eine ruhige, spirituelle Note.

Bemerkenswert: Die Organisatoren der ÖRK-Vollversammlung hatten ein Podium organisiert, auf dem Christen aus der Ukraine über ihre Situation im Krieg berichteten. Dazu waren Delegierte der Russisch-Orthodoxen Kirche zum Zuhören eingeladen. Wir erfuhren später, dass es auf persönlicher Ebene Gespräche zwischen den beiden orthodoxen Kirchen gab, die evtl. einer Annäherung dienen könnten. Darauf legt jetzt die Friedensbewegung besonderen Wert: alle privaten Kanäle sollen für offene Gespräche und Verständigung genutzt werden.

Wolfgang Steuer

Anti-Kriegstag: welche Sicherheit wollen wir?

Am 1. September haben Jan Birk und Gertie Brammer auf dem Marktplatz in Lüchow bei einer Veranstaltung des *Antimilitaristischen Bündnis Wendland* mitgemacht. In diesem Bündnis sind auch Aktive von *anti atom aktuell*, KURVE Wustrow, DGB, DFG-VK, so wie engagierte Einzelpersonen zu finden. Die Veranstaltung hatte als Thema „Sicherheit **anders** denken“ – nämlich anders als militärisch.

Es kamen ca. 70 Interessenten zu der Veranstaltung. Hier fasse ich die vier Reden zusammen.

1. Elisabeth Krüger (Redaktion der Zeitschrift *anti atom aktuell/aaa*)
Elisabeth hielt eine Rede vor Anfang der Demo, und sprach darüber, dass die Regierung mit dem Sonder„vermögen“ für die Bundeswehr ein Verbrechen begangen hat, weil damit das bis dahin geltende Verbot von Waffenlieferungen in Kriegsgebiet einfach über Bord geworfen wurde. Das Sonder„vermögen“ hat „...das Fundament einer neuen Sicherheitsarchitektur für unser Land gelegt“, so Olaf Scholz beim G7-Treffen in Elmenau. Aufrüstung und (in)direkter Krieg werden als einzige Lösung propagiert, Sicherheit zu schaffen. Aber was ist das für eine Sicherheit?

anti atom aktuell ist die gemeinsame Zeitung der Initiativen gegen Atomanlagen. Sie erscheint etwa alle zwei Monate und berichtet über AKW- und Atomwaffenentwicklungen rund um den Globus: https://anti-atom-aktuell.de

Schon vor Jahren wurde bei den Vereinten Nationen der Begriff „menschliche Sicherheit“ als Richtschnur für eine anstrebenswerte Entwicklung hin zu einem guten Leben für Alle formuliert. Das Modell dahinter zieht sieben Dimensionen menschlicher Sicherheitsbedürfnisse heran, die sich auf das direkte Leben im Alltag beziehen, z.B. Zugang zu Nahrungsmitteln, garantiertes Mindesteinkommen, Menschenrechte, Schutz vor Infektionen und Krankheiten. Wie erreicht man Sicherheit für die Erfüllung dieser Bedürfnisse? Indem wir „Sicherheit“ als Menschenrecht betrachten, als unsere gemeinsame Verantwortung über alle Grenzen hinweg, auch die russische. Menschliche Sicherheit ist demokratisch und kann nicht wenigen mächtigen Staaten überlassen werden. Sie ist gelebte Solidarität, die Furcht und Not friedlich löst. Sie kann nicht erzwungen werden, sondern braucht Zeit, Geduld und Kooperation statt Konkurrenz.

Warum betreibt die Politik das pure Gegenteil? Weil das weltweit herrschende Gesellschaftssystem, unser „Wohlstand“, auf schier unbegrenztem Wachstum und Profitstreben basiert, auf Konkurrenz um wirtschaftliche und politische Macht, auf Ausbeutung von Natur und Menschen. Rüstung und Militär sind notwendiger Teil davon, um Interessen notfalls auch durchsetzen zu können: Krieg als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Diese Logik unseres Wirtschaftssystems wird als festgeschrieben und unveränderlich angesehen. Auf diese Art wird niemals Sicherheit für alle erreicht. Propagieren wir die „menschliche Sicherheit“, wie sie von den Vereinten Nationen gemeint ist!

2. Hauptrede von Jan Birk auf dem Marktplatz
Jan war extra von Preetz (bei Kiel) ins Wendland gereist. Sein Thema war eine Vorstellung von dem Konzept *„**Sicherheit neu denken (SND)**: Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik – ein Szenario bis zum Jahr 2040“*. Wir berichteten darüber schon verschiedentlich. In der Öffentlichkeit ist dieses dreiteilige Szenario jedoch noch weitgehend unbekannt.

Jan benannte die drei Teile wie folgt: Das erste Szenario ist ein Plan „Wie wir es gerne hätten“; das zweite eine Vorhersage für den Fall, dass „Alles bleibt, wie es ist“ und das dritte eine Beschreibung für den Fall, dass „Alles den Bach runter geht“. Er ging nur auf das Wunschszenario ein und bat um Geduld, weil dieser Plan auf den Akteur setzt, von dem wir uns kaum noch was erhoffen: den Staat. Anfänglich habe ihn der Ansatz von SND irritiert: Wir Friedensaktivisten sollen die Zivilgesellschaft überzeugen, damit die Zivilgesellschaft die Politiker überzeugt, damit die Politiker beschließen, aus der Rüstung auszusteigen und die NATO zu überzeugen, dass es okay ist, wenn Deutschland auf Rüstung verzichtet, aber trotzdem Mitglied der NATO bleibt. Das sei eine Zumutung.

Allerdings sollten wir fragen: Wie soll es denn sonst gehen? Das *Netzwerk Friedenskooperative* in Bonn führte einst eine Aktion „Bundesrepublik ohne Armee“ durch. Wir Mitglieder haben die Abrüstung propagiert, wir wollten sie über ein Netzwerk erreichen und unsere Adressaten waren die Bürger:innen und die Politiker:innen. Wir haben gehofft, dass „die da oben“ endlich einsehen, dass Aufrüstung in erster Linie Unrecht ist, dass das nichts bringt, und dass sie deshalb vom Militär ablassen würden. Jan denkt jetzt, dass diese Hoffnung sicher nicht realistischer war als es die von Sicherheit neu denken heute ist. Friedensarbeit sei eine Zumutung:

Zumutung für uns, dass wir uns mit Leuten an einen Tisch setzen müssen, die dem menschlichen Leben einen anderen – in unserem Verständnis geringeren – Wert beimessen als wir. Für die u.a. Wohlstand und Freiheiten, schwerer wiegen als das Recht auf eine Existenz für alle in Frieden. **Für diese Anderen sind *wir* eine Zumutung:** realitätsferne Pazifisten, welche die Worte der Bibel und des Grundgesetzes auf die Goldwaage legen und ohne Waffen auskommen wollen. Die nicht bereit sind, sich „richtig“ zu wehren. So müssen wir aufeinander zugehen: Wir müssen einsehen, dass es nicht reicht, die richtige Meinung zu vertreten, sondern dass es in unserer Welt um Mehrheiten geht. Und die Anderen müssen einsehen, dass es nicht reicht, Mehrheiten zusammenzukehren, wenn deren Gemeinsamkeit sich im Willen zur Macht erschöpft. Dass sie diese Mehrheiten auch nur dann erhalten können, wenn sie vernünftige Ziele verfolgen, die allen eine Zukunft sichern und nicht nur der Rüstungsindustrie und deren Aktionären.

3. Friedhelm Korth vom DGB verlas dessen Erklärung zum Antikriegstag: Jeder Krieg ist ein Angriff auf die Menschheit und die Menschlichkeit. Darum unterstützt der DGB hier die Friedensbewegung. Die Waffen müssen endlich schweigen – überall auf der Welt! Eine nötige breite und öffentliche Debatte hat sich immer stärker auf den Einsatz militärischer Mittel der Friedenssicherung verengt. Aber der Ukraine-Krieg darf uns nicht zu dem Irrglauben verleiten, Frieden ließe sich mit Waffen schaffen. Militärische Friedenssicherung darf weder auf Kosten der Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates gehen und die soziale Ungleichheit verschärfen; noch darf sie dazu führen, dass die dringenden Zukunftsinvestitionen in die sozial-ökologische Transformation ausbleiben. Deshalb wollen wir ein Zeichen setzen.

Die DGB fordert die Bundesregierung auf,

- ihren im Koalitionsvertrag formulierten Anspruch einer wertebasierten Außenpolitik konsequent umzusetzen und dabei zivile Instrumenten der Diplomatie, Entwicklungszusammenarbeit, fairen Handelspolitik, humanitären Hilfe und Konfliktprävention deutlich aufzuwerten;
- der nationalen Sicherheitsstrategie ein breites Sicherheitsverständnis zugrunde zu legen, das zentrale Aspekte wie die Bewältigung der Folgen des Klimawandels, die Bekämpfung von Pandemien, die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung und den Aufbau widerstandsfähiger internationaler Liefer- und Wertschöpfungsketten umfasst;
- an einer weltweit kontrollierten Abrüstung festzuhalten;
- das Ziel, den Rüstungshaushalt dauerhaft auf das 2%-Ziel der NATO aufzustocken, aufzugeben;
- mit dem angekündigten Rüstungsexportkontrollgesetz für eine deutliche Begrenzung von Waffenexporten zu sorgen;
- sich für eine weltweite Ächtung von Atomwaffen einzusetzen, wie im Koalitionsvertrag festgelegt, und dem UN-Atomwaffenverbotsvertrag beizutreten.

4. Zum Schluss sprach Martin Nesemann (ebenfalls Redaktion und Herausgabe von *aaa*) über den Wahnsinn einer Bedrohung mit Atomwaffen und die Gefahr, dass auch „zivile“ Atomkraftwerke als Waffen eingesetzt werden können, wie in Saporischschja. Er erklärte den Unterschied zwischen „taktischen“ Atomwaffen, wie die Raketen in Büchel, die zum Ziel transportiert werden müssen, und „strategischen“ Atomwaffen, die fest installiert sind und einprogrammierte Ziel-Koordinaten haben. Diese sind ständig auf Ziele im „Feindesland“ gerichtet und warten nur darauf, dass der rote Knopf gedrückt wird. Jahrelang hat die internationale Politik diese selbstmörderische Konstellation „Sicherheit durch ein Gleichgewicht des Schreckens“ genannt. Jetzt hat sie aber sogar die Idee des Gleichgewichts fallen gelassen – „Abschreckung“ heißt die Devise nur noch. Wie kann die Politik unter diesen Umständen ein Wiederanfahren oder gar Neubauen von Atomkraftwerken auch nur in Erwägung ziehen?

Gertie Brammer

Hurra,

das Sondervermögen für Verteidigung ist da! – Jetzt muss „Verteidigung“ nur noch durch „ZIVILE“ ergänzt werden, und wir starten voll durch in eine politisch anders aufgestellte Welt.

Uta Pfefferle

Sicherheit neu denken!

Aktiventreffen 15.–17.7.2022 in Fulda

Die Initiative „Sicherheit neu denken“ (SND) hatte im Juli 2022 zu einem Aktiventreffen eingeladen: „wir wollen uns austauschen, vernetzen, gemeinsam planen, uns von anderen Ideen inspirieren lassen und voneinander lernen.“ Es kamen ca. 60 Leute aus fast allen Ecken der Republik und von vielen verschiedenen Organisationen, überwiegend mit einem kirchlichen Hintergrund (erklärlich, ist SND doch ein Kind der badischen Landeskirche). Die bereitgestellten Büchertische boten Informationen aus dem ganzen Spektrum der Friedensbewegung und Platz für Eigenwerbung, von der ich reichlich und mit gutem Erfolg Gebrauch gemacht habe.

Es trafen sich viele und vielfach vernetzte alte Bekannte: vom Netzwerk Friedenssteuer nahmen Jan Birk und Klaus Waiditschka teil, außerdem unser alter Mitkämpfer Martin Arnold. Dabei waren auch Elisabeth Freise und Hubert Heindl, die ich aus den 1980er Jahren von EIRENE kannte, sowie Brigitte Hornstein und Stefanie Intveen, die mir in Büchel begegnet waren; keineR von ihnen war aus dem Zusammenhang dort, aus dem ich ihn/sie kannte.

Am ersten Abend bekamen wir einen Zoom-Vortrag von Andreas Zumach, den unser Netzwerk zu seinen Unterstützern zählen darf. Einige Aussagen seines gewohnt nachdenklichen Vortrags:

- Entgegen einiger anderer Aussagen stellt der **Ukraine-Krieg keine Zeitenwende** dar; so ist der globale Süden nicht betroffen und die Zahl der Getöteten des Irak-Kriegs liegt mit einer Million Toten weit höher – ein Krieg übrigens, der bis heute nicht von der UNO verurteilt wurde.
- **Atomwaffen** haben sich als **Kriegsermöglichungs-**, nicht Kriegsverhinderungs**waffen** erwiesen – unter ihrem Schutz findet der umfassende Bruch des Kriegsvölkerrechts in der Ukraine statt. Die in den 90er Jahren aus der Ukraine abgezogenen Atomwaffen waren übrigens immer sowjetische, von Moskau befehligt und gesteuert, und niemals unter ukrainischer Kontrolle.
- **Gespräche mit Russland** dürfen nicht auf den höchst ungewissen Tag nach Putin verschoben werden. So dient es dem globalen Klimaschutz, wenn man Russland verhilft, sich aus der fossilen Abhängigkeit zu befreien. Globale Klimaneutralität ist nur mit Russland zu erreichen. Dazu könnte der Aufbau einer Wasserstoffproduktion in den russischen Gunstgebieten beitragen. Davon unberührt gilt die Feststellung: Besetzte Gebiete bleiben besetzte Gebiete. Und: Die Ukraine wird die russischen Streitkräfte nicht vertreiben können.

Einen weiteren Beitrag lieferte Prof. Friedrich Glasl aus Wien, der an den vorhergehenden Vortrag anschloss, als er feststellte, wer nicht reden wolle, wolle Krieg. Statt mit Sanktionen zu drohen (loose–loose), solle man Perspektiven eröffnen (win–win). Das Militär sei hingegen auf der win–loose-Schiene unterwegs. „Lassen wir uns hier nicht Ohnmacht suggerieren“, damit sprächen wir der Gegenseite die Macht zu.

In Arbeitsgruppen ging es um einen Austausch über Formen der Vermittlung („SND auf die Straße bringen“), um die Sichtbarkeit der Friedensbewegung in der Öffentlichkeit, um die Nutzung bestimmter Gedenktage (Hiroshima, Nagasaki, Antikriegstag …) und um die Einbeziehung des Klimaschutzes in die Architektur von Sicherheit neu denken.

Zum Schluss bekam die Versammlung noch eine so kaum erwartete Dynamik: es ging um konkrete Aktionen in der Ukraine. Ina Darmstädter hatte vorgeschlagen, am Antikriegstag, dem 21. September, in Absprache mit der Ukrainischen Friedensbewegung und einer kurzen, aber guten Vorbereitung eine Aktion in Odessa durchzuführen. Außerdem schlug sie vor, eine strategisch wichtige Brücke mit 2.000 Aktivisten zu besetzen, um sie vor der Zerstörung zu bewahren. Hubert Heindl, dessen wesentliche Funktion auf der Konferenz es war, für die Referentin Marie-Noelle Koyara (ehemalige Verteidigungsministerin der Zentralafrikanischen Republik) zu übersetzen, erklärte sich bereit, die Odessa-Aktivitäten vorzubereiten, wobei ihm zu Hilfe kommen wird, dass seine Heimatstadt Regensburg die Partnerstadt von Odessa ist.

Am Ende äußerten sich die TeilnehmerInnen dankbar und gestärkt, da man sich nach und trotz Corona endlich mal wieder leibhaftig und persönlich treffen konnte.

Jan Birk

Demonstration in Milwaukee

Gegensteuern im Open Ohr Festival? Ja!

Tatsächlich war *Gegensteuern* das Motto des 48. Mainzer Open Ohr Festivals. Es fand nach 2-jähriger Corona-Pause über Pfingsten auf der Mainzer Zitadelle statt; um die 8000 Menschen haben teilgenommen. Obwohl, oder weil es das bundesweit einzige Festival mit politischen Themen ist, findet es über die Landesgrenzen hinaus Anklang und Anhänger.

Die Botschaft „Gegensteuern“ vermittelten Gruppen und Referenten in Podien, Vorträgen und Workshops, dazu gab es Musik der Bands auf einer großen und mehreren kleinen Bühnen, Stände von Gruppen wie DFG-VK, Steuergerechtigkeit e.V. und zahlreichen anderen.

Wie kamen wir zu diesem Festival? Die Organisatoren hatten irgendwann festgestellt, dass es uns gibt – eine Initiative, die sich für die zivile Verwendung von Steuermittel einsetzt. So gaben wir unserem Podium den Titel *Umsteuern zum Frieden*. Da wir niemanden fanden, der eine Gegenposition darstellen würde, haben wir – Jan Birk und ich – Beate Körsgen mit aufs Podium eingeladen. Beate führt eine Regionalgruppe des Internationalen Versöhnungsbundes in Mainz. Ich hatte sie bei Aktionen am Atomwaffenstandort Büchel in der Eifel kennen gelernt.

Bei schönstem Wetter konnten wir ca. 20 Hörern, die sich ungezwungen auf der Wiese vor der Bühne im Schatten lagerten, unsere Initiative und Arbeit erklären. Beim Stichwort „Gewissen“ äußerte ein DFG-VK-Aktiver Bedenken: es werde doch wohl keine Gewissensprüfung eingeführt werden wie einst zur Anerkennung als Kriegsdienstverweigerer? Die Parallele ist klar: beide Formen der Verweigerung beruhen auf einer Belastung des eigenen Gewissens, auf der Weigerung zu töten und töten zu lassen. Doch ist von einer Gewissensprüfung bei uns natürlich keine Rede.

Wir freuten uns, Albert Blattmann unter den angereisten Hörern des Podiums zu sehen. Zur Übernachtung auf Pfingstsonntag waren Jan und ich Gäste bei Beate Körsgen. Bei lebendigen Gesprächen über Frieden, Umwelt u.a. verging geschätzt die halbe Nacht. Herzlichen Dank für die Gastfreundschaft.

Wolfgang Steuer

Flachbildfernseher und Tablets?

„Wenn wir gewusst hätten, dass es Putins Soldaten um Flachbildfernseher und Tablets geht, hätten wir sie ihnen geschickt. Dann hätten sie sich und uns den Krieg ersparen können.“

Julia Solska über die Plünderungen russischer Soldaten in der Ukraine

Herbsttreffen des Netzwerks

14.–16.10.22 in Bad Hersfeld

Unsere kleine, aber gutgelaunte Gruppe tauschte sich am Freitagabend aus über ihre Aktivitäten, privat wie auch in Zusammenhang mit der Friedensbewegung. Mit dabei war Stephan Brües vom Bund für Soziale Verteidigung/BSV. Beeindruckend war am Freitagabend der Bericht von Jan Birk, der gerade zehn Tage in Odessa war (Bericht in diesem Heft). Am Samstagmorgen kamen zusätzlich Lucas Sichardt und Wolfgang Thon von der Friedensinitiative Bad Hersfeld-Rotenburg hinzu.

Wir erlebten einen Vortrag von der Seite, die wir gerade nicht lieben, aber dennoch auch einmal persönlich zu Wort kommen lassen wollten: Major Gerrit Hohmann, Stabsoffizier für Öffentlichkeitsarbeit im Landeskommando Hessen der Bundeswehr, Chef der Jugendoffiziere. Wir haben vorab klargestellt, dass wir nicht die Erwartung hatten, ihn mit unseren Argumenten überzeugen zu können und dass er umgekehrt uns nicht überzeugen können würde. Warum dann doch diese Einladung an ihn? Wir wollten eine Klarstellung der Bundeswehr (BuWe) zu deren Auffassung von „Sicherheit“ hören.

Ich gebe seine wichtigsten Argumente wieder *(kursive kritische Bemerkung sind von mir)*:

Sicherheit soll ressort-übergreifend definiert werden (Ministerien-übergreifend wie Zahnräder).

Die BuWe hat also keine eigene Definition von Sicherheit – das ist Aufgabe der Politik. Sie ist aber mit der Regierung im Dialog; Presseoffiziere schreiben Berichte von den Einsätzen. Dass Handelswege für die nötigen Ressourcen offengehalten werden müssen, ist eine politische Entscheidung. Schiffe allein retten die Lage aber nicht; da muss die Politik weiter aktiv sein.

Die Sicherheitsstrategie der BuWe sei im Wandel: von strategischer Einsatzarmee im Bündnis zurück zur Landesverteidigung. *(Davon haben wir noch nicht viel gemerkt.)*

Hohmann: „Ein Krieg wird letztlich auf wirtschaftlicher Ebene entschieden; die Waffen geben dem Land nur Zeitgewinn. Streitkräfte sind die aller-allerletzte Lösung.“ *(Bekommen aber das meiste Geld…)* Und: „Eine fatale Sicherheitsgarantie sind Atomwaffen mit der Strategie, den Gegner über deren Einsatz im Unklaren zu lassen.“

Auslandseinsätze sind dazu da, schlimme Situationen zu bremsen, z.B. in Mali. Sie sollen Frieden erhalten – aber wenn, wie in Mali, kein Frieden vorhanden ist? Dann gehe es nicht darum, den Einwohnern „den Himmel zu versprechen“, sondern darum, „sie von der Hölle fernzuhalten.“ Sie finden immer nur im Bündnis statt (NATO, EU) und mit UN-Mandat. *(Jugoslawien? Irak? In 2021 waren 10.000 Soldaten OHNE UN-Mandat im Ausland, u.a. in Litauen.)* Sie werden immer begleitet von einem zivilen Berater des Auswärtigen Amtes. Er berät den Kontingentführer. Auslandseinsätze brauchen auch immer spezielle Ausstattungen – das kostet.

Verteidigungshaushalt: inflationsbereinigt sei der Wehretat seit 2005 nicht gestiegen. *(Tatsächlich ist er auf das Doppelte gestiegen. Hätten nach Inflationsbereinigung die anderen Haushalte jetzt dann nicht auch doppelt so hoch sein müssen wie in 2005?)*

Von links: Albert Blattmann, Gertie Brammer, Stephan Brües(BSV), Ria Makein, Gisela Lattmann-Kieser, Jan Birk, Katharina Rottmayr-Czerny, Hannelore Morgenstern, Wolfgang Steuer

Auf unsere Frage nach Einhaltung der zugesagten Erhöhung des Etats für Entwicklungsarbeit, gekoppelt an Erhöhung des Wehretats, kam die Antwort: Das habe die BuWe nicht zu prüfen, das entscheide die Politik. Sehr oft fielen folgende zwei Standardsätze: „Wir haben eine Parlamentsarmee“, was heißt: keinerlei politische Verantwortung. Und „Wir sind Bürger in Uniform“ *(freiwillig)* als ob nur die Uniform sie von uns trennt. Eine Antwort darauf war: „Wir sind Soldaten in zivil, denn wir zahlen die Bundeswehr“ *(unfreiwillig)*. Außer kurze Zwischenfragen und -bemerkungen fand keine Diskussion mit dem Major statt. Er kam und ging stramm militärisch, wenn auch in bescheidener Uniform.

Nachmittags unterhielten wir uns ausgiebig über das Gehörte. Danach referierte Stephan Brües über Möglichkeiten von sozialer Verteidigung anhand einer Präsentationsvorlage. Danach wurde bestürzt festgestellt, dass die friedliche Revolution von 1989 gar nicht erwähnt worden war…

Es folgte die Besprechung einer neuen Aktion zum Mitmachen (in diesem Heft auf S. 5 vorgestellt). Am Sonntag schlossen wir das Treffen nach einer Haushaltsberatung mit Katharina Rottmayr ab; das war, wie immer, interessant und solide.

Gertie Brammer

Cartoon von Klaus Stuttmann, erschienen in 2016

Texte für die Lobbyarbeit

Ein neues Arbeitsheft ist im Juli 2022 erschienen. Dieser Reader soll als knappe, dennoch ausreichende Information für die Lobbyarbeit mit Synoden, also dem „Parlament“ von Kirchen, dienen. Aber auch politische Instanzen, Parlamentarier oder andere mögliche Unterstützer dürfen gerne damit zum konstruktiven Gespräch eingeladen werden. Und ebenso eignet sich das Heft für eine Vorstellung des Netzwerk Friedenssteuer bei einer Gruppe, Gemeinde, einem Workshop oder an einem Stand. Der Untertitel lautet: „Einführung einer Zivilsteuer-Regelung gegen Gewissensbelastung durch Militärsteuer“. Martin Rambow erklärt den Ablauf der Steuerzahlung für ausschließlich zivile Zwecke mit eingängigen Bildern in einer Grafik.

Einige Texte dieses Arbeitsheftes habe ich bereits für einen Studientag der Evangelischen Landeskirche in Baden am 28. April 2018 vorbereitet. Damals wurde das völlig neue Szenario ***Sicherheit neu denken*** von Oberkirchenrat Prof. Schneider-Harpprecht vorgestellt. Ich konnte einen Workshop zum Thema Zivilsteuer/Militärsteuerverweigerung aus Gewissensgründen durchführen, an dem zwar nur sechs Menschen teilnahmen. Dabei war immerhin der ehemalige Auslandsbischof der EKD, Martin Schindehütte, der unsere Bitte an die Badische Landessynode auf Unterstützung aus Überzeugung mittrug.

Die ersten Artikel hatten wir zuvor in einer kleinen AG Zivilsteuer erarbeitet. Diese AG beim Oberkirchenrat der Evang. Kirche in Baden hatte Frau OKR Karen Hinrichs einberufen, um eine Entscheidungshilfe für die Landessynode zu entwickeln. Die AG traf sich 2017 bis Anfang 2018 mit meiner Beteiligung als Quasi-Experte in der Zivilsteuer-Frage ein paar Mal in Karlsruhe. Frau Hinrichs hatte zudem den Kirchenjuristen Prof. Jörg Winter und Ruth Weida, Synodale aus Bretten, zur Mitarbeit eingeladen.

Das Heft konnte zunächst nicht fertig gestellt werden, da uns die theologische Begründung für eine Militärsteuerverweigerung als Text fehlte. Diesen lieferte uns Wolfgang Krauß nach, und Frau Hinrichs – inzwischen Direktorin des Friedensinstituts in der Evang. Hochschule Freiburg – schrieb das Vorwort zum Reader. Sie bezieht sich darin auch auf die sog. *Zeitenwende* mit dramatisch hoher Verschuldung für die Aufrüstung der Bundeswehr.

Wir alle werden für diese Schulden herangezogen werden, ob wir das wollen oder nicht. Wir sind quasi lebenslang zwangsrekrutiert zur Finanzierung des Militärs und sind damit Auftraggeber für die Ausbildung und den Einsatz von Menschen zum Kriegsdienst – der unser Gewissen belastet und den wir ablehnen.

Der Reader enthält nach dem Geleitwort unseren Leitsatz, Theologische Aspekte (Wolfgang Krauß), Juristische Aspekte (Prof. Jörg Winter), eine erklärende Grafik über den Ablauf für Steuerzahlende, Zeugnisse von Menschen, die sich für eine Zivilsteuer engagiert haben, und den Entwurf eines Zivilsteuergesetzes von 2011 mit Erklärungen sowie ein Schlusswort. Wir versenden den Reader kostenfrei, freuen uns zur Finanzierung unserer Arbeit natürlich über jede Spende. Bestellungen bitte an Gertie Brammer (Materialversand, Adresse siehe letzte Seite).

Wolfgang Steuer

KDV und Menschenrechte: Internationale Friedenssteuer-Konferenz

Die 16. Internationale Konferenz für Kriegssteuerverweigerung und Friedenssteuer-Kampagnen fand am 17.09.2022 im Quäker-Haus in Genf statt und wurde in der Verantwortung von Conscience and Peace Tax International (CPTI) durchgeführt. In Präsenz nahmen 11 Personen teil; drei davon aus Deutschland. Vormittags und nachmittags hatten sich für die Online-Teilnahme sechs Interessierte aus den USA, einer aus Belgien und zwei weitere Deutsche angemeldet. Für die Technik zur hybriden Durchführung sorgten die Jüngsten: Fay und Jonathan von Conscience UK.

Die Konferenz fand parallel zur Tagung des UN-Menschenrechtsrates statt. Sie war offiziell vom 16. bis 18.09. terminiert worden, um mehr Zeit miteinander zu verbringen und neben der eigenen Konferenz auch zur Teilnahme an Sitzungen des Menschenrechtsrates an den Wochentagen vor oder nach der Konferenz zu ermutigen, was etliche Teilnehmerinnen auch taten. Seit 2020 ist Deutschland Mitglied im UN-Menschenrechtsrat. Gerade hat die UN-Vollversammlung im Oktober 2022 insgesamt 14 Sitze neu gewählt – und die Bundesrepublik Deutschland ist für weitere drei Jahre Teil dieses wichtigen Gremiums.

Robin Brookes, der CPTI-Vorsitzende, übernahm die gesamte Sitzungsleitung. Zunächst berichtete er von der CPTI-Mitgliederversammlung, die am 28. Mai bereits mit allen erforderlichen Formalitäten online durchgeführt worden war. Nach Eintreffen des ersten Referenten stellten sich alle Beteiligten persönlich vor; darunter waren als Redner/innen und Expert/innen:

Dr. Michael Wiener (deutscher Jurist) vom Büro des UN-Hochkommissars für Menschenrechte (und Co-Autor mit früheren und zukünftigen UN-Sonderberichterstattern des maßgeblichen, internationalen Gesetzeskommentars zu „Religions- oder Weltanschauungsfreiheit“, Universität Oxford Press 2016). Er stellte uns die Geschichte der Anerkennung der Kriegsdienstverweigerung/KDV im UN-System vor. Anfangs galt KDV nicht als Menschenrecht. 1987 akzeptierte das damalige Menschenrechtskomitee die KDV ohne ein Votum, d.h. durch bloße Zustimmung nach Diskussion, als einen moralischen und auch legalen Wert. Verein

zelte Staaten gaben weiterhin ihre KDV-Ablehnung bekannt. Der heutige Menschenrechtsrat hat 20 Mitglieder mehr als bei der ersten Zustimmung. Frauen aus Eritrea versuchen, das Thema auf die Tagesordnung zu bringen. Das 2016 beschlossene „Recht auf Frieden“ garantiert nicht generell die KDV-Anerkennung. Der UN-Sonderberichterstatter kann zugunsten von KDV die Lobbyarbeit betreiben. Von 18.000 Menschen ist bekannt, dass sie wegen KDV im Gefängnis sind. Der Europäische Gerichtshof erkannte im Jahr 2011 die KDV an. In der Ukraine sind Männer unter 27 Jahren wehrpflichtig. Vor dem Krieg war die Möglichkeit zur KDV an die Mitgliedschaft in einer von zehn kleinen Religionsgemeinschaften gebunden; inzwischen sind alle Männer bis 60 Jahre ausnahmslos wehrpflichtig.

Michael Wiener hörte sich danach unsere Kurzberichte aus verschiedenen Ländern zur Kriegssteuerverweigerung an. Auch er zitierte das gängige Gegenargument: „Da könnte ja jeder kommen“. In der Einführung einer Kultursteuer sah er eine Chance für unser Anliegen. Aus anderen Lebensbereichen lernt man, dass spezielle Anliegen nur in – möglichst großen – Verbänden anerkannt werden. Traumatisierte Soldaten bezeugen für das Gewissensproblem beim Töten. International konnte man feststellen, dass KDV zunahm, weil die Staaten mehr überzeugte Soldaten brauchten und rekrutierten. Herr Wiener erinnerte auch daran, dass die Internationale Ökumenische Friedenskonvention bereits 2011 in Jamaika den Kirchen empfahl, Alternativen zum Dienst mit der Waffe und der Steuer zu prüfen. Offenbar müsste man die Kirchen nun auch verstärkt von unten dafür motivieren. Die Rolle der Gewerkschaft wurde noch angesprochen: Geht es bei Militärdiensten, beim Waffenexport oder der Schließung von NATO-Stützpunkten um den Wegfall von Arbeitsplätzen, droht ihnen das Problem des verschärften Mitgliederverlustes, was die Unterstützung erschwert. Immerhin hatte die deutsche IG Metall bereits 1991 ein „Arbeitsprogramm Rüstungskonversion“.

Christophe Barbey, CPTI-Delegierter und APRED (Participative Institute for the Progress of Peace)-Koordinator. Er

ging zunächst der Theorie-Frage nach: Was ist Frieden? Nämlich ein Wert, ein politisches Programm bzw. Staatsziel, eine Methode für Bildung, Prävention, Mediation, Wiedergutmachung sowie Ressourcen wie die UN-Peacebuilding Commission (2005) und Finanzierung von Frieden. Der schweizerische Wehrdienst brachte uns zurück auf den Boden. Es besteht Wehrpflicht (19/25–37 Jahre). Wer weder Wehr- noch Ersatzdienst leistet, muss eine Ersatzabgabe entrichten, max. 11 Jahre lang. Die Abgabe beträgt 3 % des versteuerbaren Einkommens.

Milena Romero, CPTI-Vorstandsmitglied, berichtet aus Kolumbien zum Thema KDV, bei dem sie engagiert ist. Zunächst einmal überraschte sie uns mit der Tatsache, dass zu einer internationalen KDV-Tagung in Kolumbien 2006 Derek Brett durch Beratung beigetragen hat. Ungeachtet des obligatorischen Militärdienstes und der langen inneren Kämpfe im Land, hatte sich eine Gruppe Engagierter für die KDV viele Jahre lang eingesetzt. Im Rahmen der Verfassungsänderung und nationalen Verfassungsversammlung 1991 waren zahlreiche Menschen (auch die mennonitische Kirche) bei Demonstrationen, Pressekonferenzen, Uni-Aktionen, Unterschriftensammlung aktiv und erreichten die Garantie der Gewissensfreiheit für die kolumbianische Bevölkerung (Artikel 18). Kriegsdienstverweigerung bleibt eine persönliche Ausnahme, die individuell geprüft wird. Diese Prüfkommission setzt sich aus z.B. einem Militärkommandeur, Arzt/Psychologen, juristischem Berater zusammen; sie alle sind dem Militär zugeordnet. Natürlich gilt dieses Verfahren vor der UN als illegal.

Nach dem aushäusigen Mittagessen ging es weiter mit Informationen darüber, wie der Menschenrechtsrat arbeitet sowie Nichtregierungsorganisationen/NGOs und der einfache Bürger Zugang zu den verschiedenen Menschenrechtsmechanismen erhalten.

Christophe Barbey erläuterte den Universellen regelmäßigen Überprüfungsprozess/Universal Periodic Review Process (UPR), in dem die Menschenrechtsleistung eines Mitgliedslandes alle vier Jahre geprüft wird. Der Bericht setzt sich zusammen aus Informationen des betroffenen Staates, der UN und von NGOs. Eine Arbeitsgruppe für die UPR eines Landes, die sich aus den 47 Mitgliedstaaten des Menschenrechtsrates zusammensetzt und unter Vorsitz von dessen Ratspräsidenten tagt, führt die Länderüberprüfungen durch.

Frau Chian Yew Lim stellt das Verfahren der Special Procedures/Sonderverfahren vor. Der Verfahrensbericht wird erarbeitet von einem Sonderberichterstatter oder einer Arbeitsgruppe oder einer Expertengruppe, in Anbindung an den Hochkommissar für Menschenrechte. Frau Lim betonte ausdrücklich, dass diese Experten völlig unabhängig agieren. Jeder hat die Möglichkeit, an den Hochkommissar zu schreiben, um die Untersuchung einer Menschenrechtslage in Gang zu setzen. Für die Antwort sind 60 Tage vorgese-

hen. Je nach Auftrag besuchen sie beispielsweise Gefängnisse, befragen Betroffene von Menschenrechtsverletzungen, treten in den Dialog mit Behörden und Zivilgesellschaft und formulieren anschließend Empfehlungen für einen besseren Menschenrechtsschutz. Zur Prüfung der Sachverhalte kann es Reisen ins betroffene Land geben. Frau Lim hat 10 Jahre lang dem Sonderberichterstatter Heiner Bielefeldt (Freiheit für Religion und Weltanschauung) zugearbeitet.

Derek Brett, vormals Mitarbeiter des internationalen Versöhnungsbundes in Genf und CPTI-Delegierter beim UN-Menschenrechtsrat berichtete über UN-Treaty Bodies/Vertragsorgane. Das sind Fachausschüsse der UN, die die Einhaltung internationaler Menschenrechtsabkommen überwachen, indem sie Empfehlungen und Stellungnahmen abgeben. Sie bestehen aus Sachverständigen der Vertragsstaaten und sind beim Menschenrechts-Hochkommissar angebunden. Ihre Rechtsmeinungen helfen bei der Auslegung der Abkommen; sie sind allerdings nicht verbindlich. Die meisten der Vertragsorgane sind befugt, Individualbeschwerden entgegenzunehmen. Darüber hinaus bestehen in der Regel Berichterstattungsverfahren und Möglichkeiten zur Beschwerde durch Staaten.

Und als wäre das noch nicht genug für einen Kopf folgten danach die Länderberichte unserer Organisation, und zwar aus Kanada, USA für das National War Tax Resistance Coordinating Committee, Großbritannien, Deutschland, Schweiz; Kolumbien hatten wir bereits gehört. Es wurde uns ein Protokoll zur Tagung versprochen.

Robin Brookes beendete den Konferenztag mit der dringenden Bitte um personelle Unterstützung im CPTI-Vorstand, aber auch um das Wiederbeleben der Kooperation der nationalen Organisationen mit CPTI und untereinander. Eine Verabredung für die nächste Internationale Konferenz in zwei Jahren war nicht möglich. Dafür hatten wir uns ein leckeres Käse-Fondue redlich verdient und nutzten es zum Dank an unsere Männer vor Ort – Derek und Christophe – für die immense Vorarbeit und für Statements beim Menschenrechtsrat und seinen Organen.

Hannelore Morgenstern

Weitere Informationen zu CPTI und der Konferenz im Internet: https://www.cpti.ws/

Übergabe der Redaktion

Nach 30 Heften den Staffelstab weitergegeben

Dedo von Krosigk erstellte die ersten 30 Hefte der Friedenssteuer Nachrichten. Ich die nächsten 30 Stück. Und nun bin ich glücklich, die Redaktion an Klaus Waiditschka, ebenso wie Dedo ein Friedenssteuer-Mitstreiter der ersten Stunde, abgeben zu können. Er kennt uns gut, er weiß was zu tun ist, und er will es auch tun.

Mir hat die Arbeit gut gefallen. Sie war mein Anteil am Voranbringen unserer Idee. Das Ziel liegt leider in noch weiterer Ferne als noch in 2021, denn die Politik hat als Lösung für den Krieg doch wieder einmal das aus der Trickkiste geholt, was da schon seit tausenden Jahren drin liegt – das Militär. Von wegen „Zeitenwende“ – es ist ein schwerer Rückfall in uralte Zeiten.

Johannes Rau sagte schon 1997 dazu: „Wir stehen noch mitten in einer Entwicklung, in der Krieg nicht mehr als Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln verstanden wird, sondern als lebens- und existenzgefährdende Bedrohung. Wir wissen, wenn wir überleben wollen, dann müssen wir den Krieg ächten, dann dürfen wir Formen der gewaltsamen Konfliktlösung nicht hinnehmen. **Ein solches Ziel ist keine Utopie**, auch wenn wir wissen, wie viele Kriegs- und Krisengebiete es noch auf dieser Welt gibt. **Zu oft wird Gewalt angewendet, weil die Verantwortlichen keine Alternative kennen.**“

Anders gesagt: Klaus Waiditschka wird noch viele neue Hefte produzieren, noch viele Aktionen vorstellen und Leser:innen anfeuern müssen, bevor das Zivilsteuergesetz in Sicht kommt. Dedo und ich hätten ihm gerne ein leichteres Erbe gegönnt!

Gertie Brammer

Und hallo: hier ist der „Neue“!

Wie Gertie oben schon angedeutet hat, so „neu“ bin ich gar nicht im Netzwerk Friedenssteuer, ganz im Gegenteil: 1982 war ich für einige Zeit in Zambia (südliches Afrika) und dort für einen Nachmittag bei einem kanadischen Entwicklungshelfer-Ehepaar zu Gast. Auf deren Wohnzimmertisch lag eine kanadische Kirchenzeitung; beim Durchblättern blieb ich an einem Artikel hängen: „Ich habe beschlossen, 50 % meiner Steuern einzubehalten“. Es war der Pastoralbrief des (römisch-katholischen) Erzbischofs von Seattle (Washington State, USA), Raymond G. Hunthausen. Das war so unglaublich, faszinierend und doch auch plausibel begründet, dass ich diesen Text mit nach Deutschland brachte, übersetzte und im Info-Blatt der Aktion OHNE RÜSTUNG LEBEN veröffentlichte.

So entstanden erste Kontakte zu den damals wenigen Aktiven und ich war schließlich Teil der Gründungsversammlung der Friedenssteuer-Initiative (so hieß das damals) in Heidelberg, später dann auch zusammen mit Günther Lott und Klausmartin Voigt Herausgeber des ersten Vorschlags für ein „Gesetz über einen Friedensfonds“. 1986 habe ich, mit Unterstützung ganz vieler Engagierter, die erste internationale Konferenz für Militärsteuerverweigerung und Friedenssteuer-Initiativen in Tübingen organisiert, 2002 war ich Gastgeber der 9. Internationalen Konferenz in Hirschluch (Brandenburg), weil ich inzwischen dort die gleichnamige Bildungsstätte leitete. So sind ein paar Meilensteine benannt, ich muss aber auch eingestehen, dass ich in vielen Jahren und Jahrzehnten eher ein passiv lesender als ein aktiv gestaltender Mensch im Netzwerk war.

Ich bin kein Steuerverweigerer. Ich engagiere mich hier, weil ich der festen Überzeugung bin, dass die Gewissensfreiheit ein Menschenrecht ist und auch einschließt, dass Menschen nicht nur ein Gewissen haben können, sondern auch nach dem Gebot ihres Gewissens handeln dürfen, ohne dafür kriminalisiert zu werden. Diese menschenrechtliche Perspektive treibt mich an und ich möchte, dass der Staat in dem ich lebe, dieses Menschenrecht respektiert. Als Gertie im vergangenen Jahr den Aufruf startete, einen Nachfolger oder eine Nachfolgerin zu suchen, habe ich festgestellt, dass ich der Aufgabe gewachsen bin (Redaktionsarbeit ist mir nicht fremd) und dass ich ab Mitte 2022 mehr Zeit haben werde, denn inzwischen bin ich nun Rentner; im Gespräch mit Gertie und dem Vorstand ergab sich dann die Möglichkeit, dass Gertie noch mal die Ausgabe 60 der Friedenssteuer-Nachrichten bearbeitet und fertig stellt (dafür, wie auch für all die vorherigen Ausgaben großen und herzlichen Dank) und wir uns jetzt im Übergang befinden. Die FN 61 ist die erste Ausgabe, für die ich verantwortlich bin, und die Leser/innen bitte ich um freundliche Rückmeldungen, was ich beim nächsten Mal noch verbessern sollte.

Nachdem bekannt wurde, dass ich diese Aufgabe übernehme, wurde ich auch gefragt, warum ich mich denn für eine so „aussichtslose“ Sache engagiere; gäbe es denn keine anderen Dinge, die ebenfalls ein Engagement lohnen, aber größere Aussicht auf Erfolg haben? Ich kann diese Frage gut verstehen, und doch möchte ich mit dem berühmten Zitat von Vaclav Havel (tschechischer Schriftsteller, Bürgerrechtler und späterer Präsident Tschechiens) antworten: „Hoffnung ist nicht die Überzeugung, dass etwas gut ausgeht, sondern die Gewissheit, dass etwas Sinn hat – egal, wie es ausgeht.“ In diesem Sinne tun wir das, was richtig und notwendig ist und vertrauen darauf, dass sich das Gute durchsetzen wird, so unwahrscheinlich es jetzt auch erscheinen mag.

Klaus Waiditschka

Netzwerk Friedenssteuer intern

Unsere Homepage präsentiert sich neu!

Den ersten Umzug unserer Homepage im Sommer 2018 verdanken wir einem Trossinger Freund, Mathias B. Er ist Physiker, versteht die nötige Programmier-Sprache und stellte vom – für mich Laien durchaus komplizierten – Joomla auf das praktikable WordPress-Format um.

Doch leider tauchte im Herbst 2021 ein Systemfehler auf, der das Einstellen neuer Beiträge nur über Umwege zuließ. Damit war wohl auch Mathias, dem wir hier für seinen Einsatz danken möchten, überfordert. So haben wir die professionelle Betreuung der Homepage gesucht und in der Person von Oliver Wick gefunden. Katharina Rottmayr-Czerny hatte von ihm als dem IT-Betreuer der Homepage der Münchner Friedenskonferenz gehört, er gilt als verständnisvoller Unterstützer bei der IT-Technik auch in der Friedensbewegung.

Seit Ende September ist unsere Friedenssteuer-Homepage dank Oliver auf das Template (die Schablone) ELEMENTOR umgezogen und arbeitet wieder wie geschmiert! Die Suchfunktion auf der Startseite für einen Begriff, die Downloads und alles andere arbeitet wie gewünscht. Vielleicht müssen noch ein paar Links neu verbunden werden. Liebe Leser, teilt es mir gerne mit, wenn ihr noch Lücken oder Probleme entdecken solltet. Und ich bin froh, ohne komplizierte englische Anleitungen – wie früher bei Joomla – meine Beiträge schreiben und einstellen zu können. Und für eine gelegentliche Frage hat Oliver auch ein offenes Ohr, das ist Gold wert!

Nun wird also immer mal ein neuer Beitrag auf der Startseite, ein neuer Artikel zum Download usw. erscheinen. Beiträge zu unseren Themen Zivilsteuer, Militärsteuerverweigerung, Lobbyarbeit usw. nehme ich gerne an und veröffentliche sie ich dann, soweit es passt:
https://netzwerk-friedenssteuer.de/

Wolfgang Steuer

Adressen-Änderungen bitte mitteilen!

Nach jeder Aussendung der Friedenssteuer-Nachrichten gibt es ca. 20 Exemplare, die als unzustellbar zurück kommen; in der Regel, weil der/die Empfänger/in verzogen ist und ganz selten auch aus dem Grund, dass selbige/r verstorben ist. Insbesondere diejenigen, die umziehen, möchten wir dringend bitten, uns die neue Anschrift mitzuteilen, wir bekommen sie nämlich in der Regel nicht über die Post. Nur so können wir Sie weiter regelmäßig mit den Friedenssteuer-Nachrichten beliefern.

Klaus Waiditschka

Lobby-Register

Seit 1.1.2022 sind Organisationen, die sich an Bundestag und Bundesregierung als Interessenvertreter*innen wenden, verpflichtet, sich im neuen Lobbyregister zu registrieren. Dies ist sinnvoll und eine lange gestellte Forderung der Zivilgesellschaft, gilt aber nun natürlich nicht nur für Repräsentant/innen von Firmen und Wirtschaftsverbänden, sondern auch für Vereine und Organisationen wie dem Netzwerk Friedenssteuer. Es betrifft alle, die regelmäßig Kontakt zu MdB oder Regierung aufnehmen, auch wenn sie sich z.B. „nur“ mit Briefen an Bundestagsabgeordnete wenden. Katharina Rottmayr-Czerny hat sich darum verdient gemacht, diese Aufgabe zu erledigen und so ist der Eintrag des Netzwerks nun seit dem 3.7.2022 im Lobby-Register freigeschaltet. Wer den Eintrag nachlesen will, findet den Link hier: https://www.lobbyregister.bundestag.de/startseite

Klaus Waiditschka

Kirchenkontakte: AG „Steuern zu Pflugscharen“ (SzP)

Neben den politischen Bemühungen für das Zivilsteuergesetz sucht die AG SzP seit Jahren nach kirchlicher Unterstützung bei der Abhilfe des Gewissensproblems. So kam es zur Idee, mit dem ausgeschiedenen EKD-Friedensbeauftragten, Renke Brahms, abermals zu sprechen. Das Telefonat mit Hannelore Morgenstern fand in freundlicher Atmosphäre und ohne Zeitdruck statt. Natürlich war der erste Gedanke von Herrn Brahms, mit seinem Nachfolger, Friedrich Kramer, zu sprechen. Dies ist noch in unserer Vorbereitung. Herr Brahms riet auch zu Kontakten zur Initiative „Sicherheit neu denken“; er erfuhr, dass wir dort Mitglied sind und einige die Multiplikatoren-Fortbildung mitgemacht haben. Er hielt das Zivilsteuergesetz (ZStG) für eine Versachlichung gegenüber dem Begriff „Militärsteuerverweigerung“. Andererseits: Unser Anliegen sei sehr speziell; es betreffe eben nur eine sehr kleine Gruppe. Das Bundeswehr-Sondervermögen von 100 Milliarden Euro bringe wohl bei weiteren Menschen die Gewissenfrage auf, so seine Erwartung. Eine Bewegung bei den Kirchen „auf dem Weg des gerechten Friedens“ in unsere Richtung sprach Herr Brahms leider nicht an. Jedoch ist es Wolfgang Steuer gelungen, einen neuen Reader für das Gespräch mit und in den Kirchen zusammenzustellen (siehe Beitrag in diesem Heft).

Hannelore Morgenstern

Weigerung

Der Krieg kann nur auf eine einzige Weise verhindert werden: durch die Weigerung der Menschen, in den Krieg zu gehen. *Albert Einstein*

KURZ & BÜNDIG

Beitritt zum Atomwaffen-Verbotsvertrag gefordert

Aus Anlass der ersten Vertragsstaaten-Konferenz zum UN-Atomwaffen-Verbotsvertrag und im Vorfeld der Gedenktage für die Atombombenopfer von Hiroshima und Nagasaki wurden am 4. August in verschiedenen lokalen/regionalen Zeitungen auf der Schwäbischen Alb Zeitungsanzeigen geschaltet: „Atombombenopfer mahnen: Beitritt zum UN-Atomwaffenverbot!“. Das Netzwerk Friedenssteuer ist Unterzeichner dieses Aufrufs und hat die Anzeigen finanziell unterstützt. Der Text ist auf der Internetseite vom „Lebenshaus Schwäbische Alb“ (Initiator der Aktion) veröffentlicht: *https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/aktionen/014332.html*

Gegen den Krieg rebellieren!

Papst Franziskus in einer Botschaft an die Teilnehmenden der EU-Jugendkonferenz (Prag, 11.–13. Juli 2022), Auszug:

Jetzt müssen wir uns alle dafür einsetzen, dass dieser schreckliche Krieg beendet wird, bei dem – wie üblich – einige wenige Mächtige entscheiden und Tausende von jungen Menschen in den Kampf und in den Tod schicken. In Fällen wie diesem ist es legitim zu rebellieren! Ich möchte Sie einladen, eine außergewöhnliche Persönlichkeit kennenzulernen, einen jungen Verweigerer, einen jungen Europäer mit Weitblick, der während des Zweiten Weltkriegs gegen den Nationalsozialismus gekämpft hat, Franz Jägerstätter, der von Papst Benedikt XVI. selig gesprochen wurde. Franz war ein junger österreichischer Bauer, der sich aufgrund seines katholischen Glaubens aus Gewissensgründen der Aufforderung widersetzte, Hitler die Treue zu schwören und in den Krieg zu ziehen. Als er zu den Waffen gerufen wurde, weigerte er sich, weil er es für ungerecht hielt, unschuldige Menschen zu töten. Seine Entscheidung löste in der Gemeinde, beim Bürgermeister und sogar bei Familienangehörigen harsche Reaktionen aus. Ein Priester versuchte, ihn um seiner Familie willen davon abzubringen. Alle waren gegen ihn, außer seiner Frau Francesca, die, obwohl sie die enormen Gefahren kannte, immer zu ihrem Mann stand und ihn bis zum Ende unterstützte. Trotz der Schmeicheleien und der Folter zog Franz es vor, getötet zu werden, anstatt zu töten. Er hielt den Krieg für völlig ungerechtfertigt. Hätten alle zu den Waffen gerufenen jungen Männer so gehandelt wie er, hätte Hitler seine teuflischen Pläne nicht verwirklichen können. Das Böse braucht Komplizen, um zu gewinnen.

Quelle: https://www.vatican.va/content/francesco/en/messages/pont-messages/2022/documents/20220706-messaggio-conferenza-giovani.html, dort verfügbar in Englisch, Spanisch, Französisch, Italienisch und Portugiesisch; Übersetzung ins Deutsche: Klaus Waiditschka

Mit dem Sparbuch die Rüstungsindustrie finanzieren?

Auch wenn heute kaum noch jemand größere Beträge auf einem traditionellen Sparbuch geparkt hat, sind Geldanlagen in jeder Form neben den Steuern eine weitere Form, wie wir in die Finanzierung von Rüstungsvorhaben und Kriegen involviert sind. OHNE RÜSTUNG LEBEN hat aus diesem Grund ein Faltblatt unter dem Titel „Finanziert Ihr Erspartes heimlich die Waffenindustrie?“ erstellt und geht damit auf die Frage ein, wie deutsche Banken an Kriegen und Menschenrechtsverletzungen verdienen. Dies betrifft auch Banken, die Rüstungsexporte finanzieren, in Atomwaffen-Hersteller investieren und entsprechende Investmentfonds auflegen, um dafür an unser Geld zu kommen.

Das Faltblatt kann bestellt werden bei: https://kurzelinks.de/9glp

Finanzmittel für Waffenlieferungen und Aufrüstung fehlen im Kampf gegen Klimawandel

AGDF-Stellungnahme vom 24.9.2022, Auszug:

Gleichzeitig beobachtet die Aktionsgemeinschaft Dienst für den Frieden (AGDF) mit Sorge, dass immense Finanzmittel durch Waffenlieferungen und zivile Unterstützungsmaßnahmen für die Ukraine gebunden werden und für eine Aufrüstung vorgesehen sind. „Sie fehlen im Kampf gegen den sich verschärfenden Klimawandel und Ungerechtigkeit sowie für Krisenprävention und zivile Konfliktbearbeitung“, mahnt der Friedensverband in seiner Stellungnahme.

„Wir werden uns weiterhin für eine Deeskalation, für ein Ende des Krieges und für Schritte hin zu einem nachhaltigen, gerechten Frieden und für Versöhnung einsetzen“, heißt es in der AGDF-Stellungnahme. Um die richtigen Wege aus der Eskalation würde der Verband streiten, auch darum, wie die aggressive, interventionistische Politik Russlands und auch anderer autokratisch regierter Regime gestoppt werde könne. Dabei wisse man, dass es keine einfachen Lösungen gäbe. Dennoch: „Wir setzen weiterhin und nachdrücklich auf gewaltfreie Wege, auf Diplomatie, auf Verhandlungen und auf zivilgesellschaftliches Handeln. Die Vermeidung und Verminderung von Gewalt – insbesondere auch kriegerischer Gewalt – bleibt unser Ziel.“

Quelle: https://friedensdienst.de/aktuelles/agdf-die-vermeidung-und-verminderung-von-gewalt-bleibt-unser-ziel-friedensverband

KURZ & BÜNDIG

Die Branche der Geldvernichtung analysiert

Eine angeblich bis auf das Hemd kaputtgesparte Bundeswehr soll endlich das „notwendige Material“ bekommen, um ihren Auftrag zu erfüllen. Ob mit dem nun weltweit drittgrößten Rüstungsetat tatsächlich mehr Sicherheit geschaffen werden kann, ist fraglich – garantiert ist aber, dass eine Branche, die volkswirtschaftlich nicht relevant ist, enorme Geldmengen vernichten darf: die Rüstungsindustrie. Das „Handbuch Rüstung“ zeigt auf, welche Firmen in Deutschland in diesem Feld aktiv sind und was sie im Einzelnen produzieren. Das Handbuch kann bestellt werden (8 € + Versand) bei der *Informationsstelle Militarisierung: https://www.imi-online.de/2022/07/27/handbuch-ruestung/*

Geld für das Leben statt für den Tod!

Resolution der Mitgliederversammlung des Deutschen Zweigs des Internationalen Versöhnungsbunds (26.–29.05.2022), Auszug:

Jeder Tag ist ein Tag des Krieges in verschiedenen Regionen der Erde. Solange die Logik des Krieges sowie Konfrontation und Feindschaft zwischen den Staaten herrschen, werden Kriege das Weltgeschehen bestimmen. Steigende Militärausgaben in Verbindung mit der Produktion und dem Handel von Waffen befeuern kriegerische Auseinandersetzungen.

Um die Spirale der Aufrüstung zu durchbrechen, lehnt der Deutscher Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes die Einrichtung eines sogenannten Sondervermögens für das deutsche Militär entschieden ab. Diese beabsichtigte Verwendung von Finanzmitteln beruht auf einer für die Zukunft antizipierten Abschreckungslogik, die angesichts historischer Erfahrungen nicht zielführend ist. Dabei werden die Kosten künftigen Generationen aufgebürdet…

Um künftig militärische Konflikte verhindern bzw. mit nicht militärischen Mitteln beilegen zu können, fordert der Internationale Versöhnungsbund ferner, dass statt der geplanten Militärausgaben Gelder in Maßnahmen zur Zivilen Konfliktbearbeitung und Deeskalation investiert werden....

Statt militärische Aufrüstung zu finanzieren, fordert der Internationale Versöhnungsbund, den Vereinbarungen der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen nachzukommen. Deutschland soll seine eingegangenen Verpflichtungen zur Finanzierung von Anpassungsmaßnahmen an die Erderwärmung und Bekämpfung der lebensbedrohlichen Auswirkungen des Klimawandels … erfüllen.

Friedenskarawane nach Kyiv

„Wir unterstützen Russen und Ukrainer, die gegen den Krieg sind“ ist die Botschaft von Lisa Clark.

Lisa ist Ko-Vorsitzende des Internationalen Friedensbüros (Mitglied des italienischen Netzwerks für Frieden und Abrüstung und der Internationalen Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen ICAN), und Rednerin auf der Konferenz, die von der Karawane für den Frieden in diesen Tagen an der Universität Czernowitz (Ukraine) organisiert wurde. Sie fährt fort: „Die Frauen und Männer in der Ukraine, die sich an der Verteilung von Hilfsgütern beteiligen, die den Menschen helfen, die vom Krieg am stärksten betroffenen Gebiete zu verlassen, die die Verwundeten und die Angehörigen der Toten trösten und versorgen, leisten ihren eigenen wichtigen Beitrag zum Widerstand gegen den Krieg. Und wir, die wir nicht dort sind, haben die Pflicht, sie mit allen Mitteln zu unterstützen. Wir haben auch die Pflicht, Brücken der Solidarität mit allen zu bauen, die sich weigern, zu den Waffen zu greifen: sowohl mit den ukrainischen Verweigerern als auch mit den Hunderttausenden von jungen Russen, die ihr Land verlassen, um nicht an dem Krieg teilzunehmen, den sie als Bruderkrieg bezeichnen.“

Nach einer 15-stündigen Zugfahrt kommt die Friedenskarawane in Kiew an und wählt den Garten der „Friedensoase“ vor der Gandhi-Statue für ein Treffen mit der Ukrainischen Pazifistischen Bewegung (UPM). Hier wiederholten die Aktivisten ihren nachdrücklichen Appell an die EU-Regierungen, Verweigerern, Deserteuren und Personen, die die Wehrpflicht in Russland nicht akzeptieren, den Flüchtlingsstatus zu gewähren. „Die jungen Menschen, die versuchen, dem Zwang in der Ukraine oder in Russland zu entkommen, zeigen uns einen alternativen Weg zum europäischen Konfliktansatz, nämlich der ständigen Lieferung von Waffen, die Tod und Zerstörung anheizen.“ Dies sind die Worte von Alfio Nicotra, der hinzufügt: „Deshalb müssen wir ihnen internationalen Schutz gewähren, um so viele Menschen wie möglich aus diesem Bruderkrieg herauszuholen. Die massenhafte Desertion in Russland und der Ukraine kann viel dazu beitragen, die beiden Regierungen zu zwingen, sich an einen Tisch zu setzen, um einen Waffenstillstand und eine faire und friedliche Lösung des Konflikts auszuhandeln.“

Quelle: https://www.facebook.com/stopthewarnow.eu

KURZ & BÜNDIG

Treibhausgasemissionen und Militär

Aufgrund von Forderungen der US-Regierung in letzter Minute während der Verhandlungen über das Kyoto-Abkommen von 1997 wurden die militärischen Treibhausgasemissionen von den Klimaverhandlungen ausgenommen. Diese Tradition hat sich fortgesetzt. Das Pariser Abkommen von 2015 überließ die Reduzierung der militärischen Treibhausgasemissionen dem Ermessen der einzelnen Staaten.

Das Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen verpflichtet die Unterzeichnerstaaten, ihre jährlichen Treibhausgasemissionen zu veröffentlichen, aber die Berichterstattung über militärische Emissionen ist freiwillig und wird oft nicht berücksichtigt. Die NATO hat das Problem zwar erkannt, aber keine spezifischen Anforderungen zu dessen Lösung aufgestellt.

Für diese klaffende Lücke gibt es keine vernünftige Grundlage. Krieg und Kriegsvorbereitungen sind große Verursacher von Treibhausgasemissionen. Alle Treibhausgasemissionen müssen in die verbindlichen Normen zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen einbezogen werden. Es darf keine Ausnahmen mehr für militärische Verschmutzung geben.

Eine Petition von „World Beyond War“ kann hier unterzeichnet werden: https://kurzelinks.de/e50l

Friedenspreis an Gertrud Nehls

Am 20. August 2022 wurde unsere Mitstreiterin Gertrud Nehls mit dem Frits-und-Ingeborg-Küster-Friedenspreis geehrt. Dieser Preis wird von den südwestfälischen Friedensgruppen Hagen, Lüdenscheid, Altena und Iserlohn alle zwei Jahre verliehen, um Menschen aus dieser Region zu ehren, die sich in besonderem Maße um den Frieden verdient gemacht haben.

Das hat Gertrud Nehls wirklich getan. Sie hat sich u. a. sehr für die Palästinenser und allgemein für Geflüchtete eingesetzt. Sehr eindrücklich war für mich ihre Reise nach Bagdad im Jahr 2005, wo sie in einem Kinderkrankenhaus die verheerenden Folgen der DU-Munition (abgereichertes Uran) der US-Armee sah. Dieses Unrecht hat sie nie ruhen lassen, zumal auch Deutschland diese Waffen nie geächtet hat.

Gertrud bekam den Preis aber auch dafür, dass sie 2013 ihren Militärsteueranteil von ihrem Einkommensteuer zurückbehalten hatte und gegen ihr Finanzamt klagte, mit dem üblichen Ausgang des Prozesses beim Finanzgericht Münster. Bei der Veranstaltung in Hagen sonnten wir uns ein wenig zusammen mit ihr, da der Preis sich ja auch auf unser Thema bezog, und wir explizit deswegen eingeladen waren. Auch von dieser Stelle aus gratulieren wir Gertrud noch einmal zu dem Preis – Hut ab für ihren langjährigen, hartnäckigen Einsatz für den Frieden!

Gertie Brammer

Des Krieges Buchstaben

K – ummer, der das Mark verzehret
R – aub, der Hab und Gut verheeret
J – ammer, der den Sinn verkehret
E – lend, das den Leib beschweret
G – rausamkeit, die Unrecht mehret
sind die Frucht, die Krieg gewähret.

Friedrich von Logau (1605 – 1655)

Von links: Gertie Brammer, Hannelore Morgenstern, Gertrud Nehls, Robert Antoch, Ria Makein, Ute Antoch, Albert Blattmann.

KURZ & BÜNDIG

Ressourcen nicht ausreichend für Schwerter und Pflugscharen!

Die horrenden Ausgaben für Militär und Rüstung verhindern den Umbau unserer Wirtschaft in eine Wirtschaft ohne fossile Energieträger und ohne soziale Verwerfungen. Die globale Herausforderung der drohenden Klima-Katastrophe erfordert die Zeitenwende von der Hegemonie zur Kooperation aller Menschen auf diesem Planeten. Der Krieg, der die Nahrungsmittelexporte aus Russland und der Ukraine blockiert, beeinflusst schon jetzt die Versorgungslage in Ländern des globalen Südens. Die Aufrüstungsspirale, die jetzt in Gang gesetzt werden soll, wird uns der Mittel berauben, die wir brauchen, um den Hunger in der Welt zu reduzieren. Es muss uns allen klarwerden: die Ressourcen der Menschheit reichen nicht für Schwerter und Pflugscharen.

Mitgliederversammlung des Forum Friedensethik der Evangelischen Landeskirche in Baden am 24.3.2022

Entwurf Bundeshaushalt 2023

Waffengeschenke für die Ukraine und die Aufrüstung der Bundeswehr bleiben nicht ohne Wirkung: laut dem Haushaltsentwurf für 2023 von Finanzminister Christian Lindner (September 2022) soll der Etat des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit („Entwicklungshilfe-Etat“) um 1,27 Milliarden Euro, also um 10 %, gegenüber dem laufenden Jahr gekürzt werden. Noch gravierender werden die Kürzungen für humanitäre Hilfen im Etat des Auswärtigen Amtes ausfallen: nach einem Anstieg in 2022 sind dafür nun 25 % weniger vorgesehen, z. B. wird der deutsche Beitrag für das Welternährungsprogramm von derzeit noch 70 Millionen Euro um mehr als die Hälfte gekürzt.

Unzufriedenheit über diese Haushalts-Ansätze gibt es in den Fraktionen von SPD und Bündnis90/Die Grünen, aber ob sie sich in den parlamentarischen Beratungen gegenüber der FDP durchsetzen können, ist ungewiss. Der Haushalt soll in der zweiten November-Hälfte verabschiedet werden, so lange gibt es noch die Chance, durch Briefe an Wahlkreisabgeordnete Einfluss zu nehmen.

Im Jahr 2022 unterstützt die Bundesregierung Krisenprävention, Humanitäre Hilfe, Auswärtige Kulturpolitik und Entwicklungszusammenarbeit mit insgesamt 16,36 Mrd. €; das ist bereits ein Rückgang gegenüber 2021 von 0,12 %. Die harten Einschnitte sind jedoch im nächsten Jahr zu befürchten. Viele Organisationen der Friedensbewegung haben sich deshalb in der Kampagne „Deutschlands Friedensfähigkeit stärken“ zusammengeschlossen mit einer Aufforderung an die Bundestagsabgeordneten, sich für mehr Mittel für Krisenprävention, zivile Konfliktbearbeitung und Friedensförderung einzusetzen.

Quellen: Zeitschrift „Weltsichten“, Kampagne „Deutschlands Friedensfähigkeit stärken“ (www.frieden-stark-machen.de)

Friede sei mit dir!

Beitrag im Gemeindebrief der Ev. Kirchengemeinde am Friedrichshain, April 2022:

Schon in der DDR habe ich mich für Abrüstung und Wehrdienstverweigung eingesetzt. Friedensdekaden und Bittgottesdienste für den Frieden prägten das Gemeindeleben. In jedem Gottesdienst sangen wir „Verleih uns Frieden gnädiglich“ (EKG 421). Seit dem Überfall Russlands auf die Ukraine bitten wir regelmäßig in den Friedensandachten um Frieden. Aber: Wir beten für den Frieden und zahlen für den Krieg. Haben Sie sich dies schon einmal bewusst gemacht? Für die, die meinen: „Der Friede muss bewaffnet sein“ ist es kein Problem. Für mich gilt die göttliche Verheißung „Schwerter werden zu Pflugscharen“ (Micha 4,3)) und damit: „Frieden schaffen ohne Waffen“. Deshalb setze ich mich im Netzwerk Friedenssteuer für ein Zivilsteuergesetz ein (www.friedenssteuer.de). Ich will keine Rüstung und Kriege finanzieren. Ich setze auf zivile Konfliktbearbeitung und Prävention. Gäbe es weltweit mehr gut ausgebildete Friedensfachkräfte, würden die Ursachen der Kriege vor dem Ausbruch bearbeitet werden. So könnte der Zuspruch „Friede sei mit dir" auch durch meine (Zivil-) Steuern ganz konkret Gestalt annehmen.

Gisela Lattmann-Kieser, Pfarrerin i.R. (Berlin)

Langzeitfolgen und -kosten des Krieges

Das NRW-Innenministerium teilt in seiner Jahresstatistik mit: Die Experten der Kampfmittelbeseitigungsdienste haben im vergangenen Jahr 2.135 Bomben (2020: 1.954) in Nordrhein-Westfalen entdeckt und unschädlich gemacht. Dazu gehören neben 278 Bomben ab einem Gewicht von 50 Kilogramm und mehr auch Nebel-, Brand-, Splitter- und kleinere Sprengbomben. Von diesen Kampfmitteln mussten aus Sicherheitsgründen wegen fehlender Transportfähigkeit 726 Stück gesprengt werden (2020: 426). Aus dem Landeshaushalt wurden 2021 für die Kampfmittelbeseitigung knapp 21 Mio. Euro (2020 23,02 Mio. Euro) aufgewendet. Dem gegenüber standen Erstattungen des Bundes an das Land Nordrhein-Westfalen für die Beseitigung ehemals reichseigener Munition auf nicht bundeseigenen Flächen in Höhe von ca. 1,4 Mio. Euro sowie 1,7 Mio. Euro für die Beseitigung ehemals alliierter Kampfmittel für das Jahr 2020. Fast 75 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges ist weiterhin kein Ende dieser Langzeitfolgen des Krieges absehbar.

Hannelore Morgenstern

Netzwerk Friedenssteuer A D R E S S E N

Region/Titel	Vorname	Name	Straße	PLZ	Ort	Telefon	E-Mail
Öffentlichkeit/Materialvers.	Gertie	Brammer	Schützenweg 5	29481	Karwitz-Lenzen	05861-985742	brammer@friedenssteuer.de
Redaktion Friedenssteuer Nachrichten	Klaus	Waiditschka	George-Washington-Str. 255	68309	Mannheim	0621-40546939	klauswaiditschka@aol.com
Steuern zu Pflugscharen	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	morgenstern@friedenssteuer.de
Internationales/CPTI	Jan	Birk	Weber Str. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de
Region Berlin	Gisela	Lattmann-Kieser	Heinz-Bartsch-Str. 5	10407	Berlin	030-4251860 0152 53598491	gisela-lmk@web.de
Region München	Ulla	Klotz	Raidinger Str. 9 a	81377	München	089-716283	post@ullaklotz.de
Region Nord	Dedo von	Krosigk	Birkenstr. 32	30171	Hannover	0511-801696	dedo.krosigk@web.de
Region Nürnberg	Dr. Brigitte	Janus	Bielingplatz 1	90419	Nürnberg	0911-353237	br.janus@t-online.de
	Lina	Hoffmann	Olivenweg 36	90441	Nürnberg	0911-662993	lina-b-hoffmann@t-online.de
Region Ost	Dietrich	Göttsching	Pfortenweg 7	99092	Erfurt	0361-2255119	dgoettsching@yahoo.de
Region Südwest	Dr. Marduk	Buscher	Schirmhofweg 1	76530	Baden-Baden	07221-38194	mardukbuscher@t-online.de
	Dr. Wolfgang	Steuer	Am Kälberrain 20	78647	Trossingen	07425-5856	w.steuer@friedenssteuer.de
Region West	Wolfgang	Engmann	Gemener Str. 21	46359	Heiden	0157-36217061	wolfeng@web.de
Vorstand, Geschäftsführung	Katharina	Rottmayr-Czerny	Neuburgstr. 5	83620	Feldkirchen-Westerham	08062-7261067	k.rottmayr@friedenssteuer.de
Vorstand, stell. Vorsitzende	Hannelore	Morgenstern	Jesuitengasse 39 a	50735	Köln	0221-552525	hannelore.morgenstern@gmx.de
Vorstand, Vorsitzender	Jan	Birk	Weberstr. 2	24211	Preetz	04342-3029260	birk@friedenssteuer.de

Termine 2023

24. – 26. März
Jahrestagung des Netzwerks

Die nächste Jahrestagung des Netzwerks Friedenssteuer wird vom 24.–26.03.23 in der Jugendherberge Bad Hersfeld stattfinden. Eine Einladung mit detailliertem Programm wird später versandt bzw. findet sich dann auf unserer Internet-Seite. Wer daran teilnehmen möchte, kann sich den Termin aber jetzt schon einmal vormerken.

DATENSCHUTZ: Personenbezogenen Daten benutzen wir nur für interne Zwecke; sie werden nicht an Dritte weitergegeben. Besucher unserer Webseite werden nicht registriert. Die vollständige Datenschutzerklärung finden Sie auf unserer Webseite > Wir über uns > Datenschutz.

Impressum

Geschäftsstelle: Netzwerk Friedenssteuer e.V.
Raidinger Str. 9a, 81377 München
Telefon: 089 – 71 62 83
info@friedenssteuer.de
www.friedenssteuer.de

Spendenkonto:

IBAN: DE25 4306 0967 7001 6016 00
BIC: GENODEM1GLS (GLS Gemeinschaftsbank eG)

Bei allen Spenden bitte den vollständigen Namen und die Adresse auf dem Überweisungsträger angeben! Spendenquittungen werden im 1. Quartal des Folgejahres verschickt.

Der Rundbrief *Friedenssteuer Nachrichten* erscheint 1 oder 2 Mal pro Jahr, Auflage 750 Stück.
Er geht an alle, die sie bestellen oder Informationsmaterial angefordert haben.

Redaktion: Klaus Waiditschka, s.o.